

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 7. März 2022 · Nr. 55 / 10 80

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,20 € D 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Union fordert umfassende Steuersenkung

mas./hig. BERLIN/FRANKFURT. Das von der Regierung kürzlich angekündigte Steuerentlastungsgesetz 2022 bringt Ledigen bis zu 171 Euro mehr im Jahr, für Ehepaare sind es bis zu 342 Euro. Das zeigen exklusive Berechnungen des Nürnberger Ökonomen Hechtner für die F.A.Z. auf Grundlage des nun veröffentlichten Entwurfs. Er sieht vor, Grundfreibetrag, Arbeitnehmer-Pauschbetrag und Entfernungspauschale zu erhöhen. Insgesamt entlastet dies die Bürger nach Angaben des Finanzministeriums um 4,5 Milliarden Euro jährlich. Der Union reicht das angesichts der steigenden Energiepreise nicht, obwohl für Stromkunden auch die EEG-Umlage für grünen Strom rasch entfallen soll. CDU-Vize Carsten Linnemann forderte am Sonntag, die Mehrwertsteuer auf sieben Prozent abzusenken „oder vielleicht noch mehr“. Es brauche „jetzt schnell“ eine Maßnahme, um die wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekrieges in Deutschland abzufedern, sagte er im ZDF. Eine sechsmonatige Mehrwertsteuersenkung um drei Punkte hatte es in der Pandemie gegeben. Dafür hatte die große Koalition 20 Milliarden Euro Steuerausfall einkalkuliert. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.)



Wohin nur? Ukrainer harren am Samstag unter einer zerstörten Brücke am Fluss Irpin aus.

Foto AP

Ukrainischer Exodus

Von Jasper von Altenbockum

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass sich der Krieg in der Ukraine gezielt gegen die Zivilbevölkerung richtet. Ganze Ortschaften wurden schon verwüstet. In den Großstädten werden nicht nur militärische Ziele angegriffen, sondern auch Wohnsiedlungen. Die Bombardements und Zerstörungen erinnern an die Kriegsverbrechen in Syrien und Tschetschenien. Auch die Strategie der Einkesselung ist ein Angriff auf das zivile Leben. Das Kriegsziel des Kremls, die Unterwerfung der „russischen“ Ukraine, richtet sich gegen das, was es angeblich nicht gibt, das ukrainische Volk. Putins großrussischer Wahn erinnert insofern auch an die „ethnischen Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien. Humanitäre Korridore, wie jetzt in Mariupol, dienen damals wie heute nicht nur der Rettung, sondern auch der „geordneten“ Vertreibung. Bleiben oder wiederkommen sollen nur diejenigen, die „russisch“ sind.

Folge (und man muss sagen: Absicht) dieser Kriegführung ist ein Flüchtlingsstrom, der schon nach we-

nigen Kriegstagen jede Vorstellung sprengt. Es ist kein aus der Luft gegriffenes Szenario, dass in den kommenden Tagen und Wochen nicht nur Hunderttausende Menschen, wie zunächst angenommen, sondern Millionen Menschen vertrieben werden. Angesichts dieser Dimensionen ist es nur sinnvoll, dass die EU mit der Richtlinie über einen Massenzustrom neue Wege geht – dazu wurde die Richtlinie schließlich erfunden.

Es mutet krämerisch an, wenn in Deutschland nun eine Debatte darüber ausbricht, ob der richtige Pass darüber entscheide, wer kommen darf, wer nicht. Auch ganz ohne Richtlinie gilt: Abgewiesen werden darf niemand, das Asylrecht gilt ohnehin. Selbst ganz ohne Pass besteht ein Anspruch auf Versorgung und Verfahren. Am Ende müssen die Kommunen allerdings wissen, mit wem sie es zu tun haben, wo Hilfsbedürftige untergekommen sind und welche Ansprüche sie haben. Das verlangt eine schnelle, pragmatische und lebensnahe Verteilung. Alles andere ist jetzt unwichtig.

Krieg im Inneren Russlands

Von Reinhard Veser

Jenes Russland, das 1991 aus der Sowjetunion hervorgegangen ist, ist Vergangenheit. Seine Geschichte ging mit dem Freitag beschlossenen Gesetzen zu Ende, nach denen bis zu 15 Jahre Haft dafür drohen, wenn jemand eine andere als die offizielle Darstellung der Aktivität der russischen Streitkräfte verbreitet. Das Russland, das bis zum Inkrafttreten dieser Gesetze existierte, war nie eine wirkliche Demokratie, aber es war für lange Zeit ein Staat, der seinen Bürgern viele Freiheiten ließ. Unabhängige Medien, Menschenrechtsorganisationen und Opposition gab es auch unter der von Anfang an autoritären Herrschaft Putins. Sie wurden unter Druck gesetzt, als Verräter verleumdet, bedroht, verprügelt; Einzelne bezahlten für ihren Einsatz mit ihrem Leben. Aber der Kreml versuchte bisher nicht, die kritische Öffentlichkeit ganz zum Schweigen zu bringen. Er begnügte sich damit, sie an den Rand zu drängen und ihren Spielraum immer weiter einzuzengen.

Das ist nun vorbei. Die Gesetze vom Freitag verändern das Regime unwiederbringlich: Sie sind eine Ankündigung, jeden Dissens zu vernichten. Sollten sie nicht ausreichen, um Widerspruch und Protest ganz verstümmen zu lassen, werden weitere, radikalere Schritte folgen. Mit der Anwendung von systematischer Gewalt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung fallen beim Moskauer Regime auch die Hemmungen gegenüber den Bürgern des eigenen Landes. Man braucht keine besonders dunkle Phantasie, um sich vorzustellen, wo das im schlimmsten Fall enden kann. Putin und seine Umgebung sind schon in Zeiten, in denen sie noch auf ihren Ruf in der Welt geachtet haben, nicht vor der Tötung von Gegnern zurückgeschreckt.

Das Regime hatte sich bereits in den beiden Jahren vor dem Überfall auf die Ukraine mit wachsender Geschwindigkeit radikalisiert. Seit dem versuchten Giftmord an Oppositionsführer Alexej Nawalnyj im August 2020 ist Russland in einem Ausmaß und einer Härte von Repressionen überrollt worden, wie es sie selbst in den letzten Jahren der Sowjetunion nicht gegeben hatte.

Aber sogar vor diesem Hintergrund ist das, was nun geschieht, etwas qualitativ Neues. Innerhalb weniger Tage sind fast alle seriösen Medien in russischer Sprache in Russland blockiert oder einfach geschlossen worden. Die Redaktion der „Nowaja Gaset“, die sich selbst durch die Ermordung von fünf ihrer Mitarbeiter in der Herrschaftszeit Putins nie einschüchtern ließ, sah sich gezwungen, die Berichterstattung über den Krieg gegen die Ukraine einzustellen. Sie will so wenig-

tens weiter über den „Krieg bei uns im Inneren“ berichten können. Wie lange wird der Friedensnobelpreis für ihren Chefredakteur Dmitrij Muratow sie noch schützen?

Das Gesetz gegen die Verbreitung von „Falschnachrichten“ (wie der Kreml die Wahrheit gewohnheitsmäßig nennt) richtet sich vor allem gegen die russischen Bürger. Doch es hat zugleich eine außenpolitische Dimension, weil es ausdrücklich auch auf Ausländer angewandt werden soll. Angesichts der Strafandrohungen sieht sich ein ausländisches Medium nach dem anderen gezwungen, seine Korrespondenten aus Russland abzuziehen. Damit vollzieht das russische Regime den Bruch mit dem Westen sogar auf

Die Gesetze vom Freitag sind eine Ankündigung des Kremls, jeden Dissens zu vernichten.

einer Ebene, die selbst die Sowjetunion nach Stalins Tod nicht mehr angerührt hat. Das ist ein Signal, das sehr ernst zu nehmen ist.

In welche Richtung sich Russland nach dem Überfall auf die Ukraine entwickeln würde, war klar. Dass das Regime so rasch zu so drastischen Mitteln greift, lässt indes vermuten, dass es sich in Gefahr sieht. Darauf deutet die Blockade von Twitter und vor allem von Facebook hin. Das ist eine Maßnahme, die sich nicht mehr zielgenau gegen Kritiker richtet, sondern in den Alltag unpolitischer Russen eingreift. Offenbar soll unbedingt verhindert werden, dass sie über die vielen persönlichen Beziehungen in die Ukraine, die noch immer bestehen, ein wahres Bild von dem Geschehen dort bekommen. Dieses Wissen könnte die sozialen Spannungen verstärken, auf die sich das Regime angesichts der Sanktionen ohnehin einstellen muss.

Doch bei Rückschlüssen von den Maßnahmen des Regimes auf seine Stabilität ist Vorsicht geboten. Ein Grund für die Härte der Repressionen kann sein, dass jener Teil der Führung, der den Massenmörder Stalin als „effektiven Manager“ bewundert, nun einfach die Chance zu einem Vorgehen nutzt, das bisher selbst in Russland nicht durchsetzbar war. Der Westen kann auf die Prozesse innerhalb Russlands keinen direkten Einfluss nehmen. Er muss den Druck auf die Machthaber weiter erhöhen, solange der Krieg gegen die Ukraine weitergeht. Aber er hat eine Verpflichtung gegenüber Russland: Sie besteht darin, die Türen für jene Russen zu öffnen, die jetzt vor Putins Regime fliehen.

Evakuierung von Mariupol abermals gescheitert

Humanitäre Lage in Ukraine katastrophal / WHO: Angriffe auf Gesundheitswesen

F.A.Z. FRANKFURT. Die humanitäre Lage in der belagerten ukrainischen Stadt Mariupol spitzt sich nach einem zweiten gescheiterten Evakuierungsversuch weiter zu. Am Samstag wie am Sonntag musste der Versuch, die seit Tagen von russischen Truppen belagerte Stadt zu evakuieren, abgebrochen werden. Der Gouverneur des Donezker Oblasts, Pawlo Kirilenko, schrieb am Sonntagmittag auf Facebook, russische Truppen hätten die Stadt weiter beschossen. Es sei extrem gefährlich, unter diesen Umständen zu evakuieren.

Der Bürgermeister der Stadt, Wadym Bojtschenko, sprach in einem Interview am Wochenende von „Tausenden Verletzten“ und vielen Todesopfern aufgrund tagelanger russischer Beschüsse. Die Stadt am Asowschen Meer ist von Strom, Heizung und Mobilfunk abgeschnitten; zudem fehlt es an

Lebensmitteln. Bojtschenko warf den russischen Truppen vor: „Sie wollen uns als Nation zerstören.“ Die „russisch-faschistischen Genossen“ strebten einen „Völkermord“ an. Er appellierte an die Welt, „Mariupol noch zu retten“. Die Stadt, wie man sie gekannt habe, „die gibt es nicht mehr“.

Derweil hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Angriffe auf Einrichtungen des Gesundheitswesens während der russischen Invasion verurteilt. Man habe mehrere Angriffe in der Ukraine festgestellt, teilte WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus am Sonntag mit. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte am Wochenende die Prüfung möglicher russischer Kriegsverbrechen. „Ich denke, wir brauchen eine eingehende Untersuchung dieser Frage“, sagte sie im Interview mit dem Sender CNN.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die Ukraine nach Angaben seines Präsidialamtes zu einem veränderten Verhalten bei den nächsten direkten Gesprächen aufgefordert. Es sei zu hoffen, dass die Vertreter dann einen „konstruktiveren Ansatz zeigen, (und) die neu entstehende Realität voll berücksichtigen“, äußerte der Kreml nach einem Gespräch Putins mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan am Wochenende. In einem Gespräch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron machte Putin außerdem Kiew für die gescheiterten Versuche einer Evakuierung verantwortlich. Kiew halte „immer noch nicht die Vereinbarungen ein“, die getroffen worden seien. Macron zeigte sich nach dem jüngsten Telefongespräch besorgt über einen möglicherweise kurz bevorstehenden Angriff auf die Hafencity Odessa.

Zahl der Kriegsflüchtlinge steigt rasant

UN: Am schnellsten wachsende Krise seit Zweitem Weltkrieg / Berlin fordert Hilfe

bub./tobs. BERLIN/FRANKFURT. Die Zahl der ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die in Deutschland Schutz suchen, ist abermals deutlich gestiegen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums registrierte die Bundespolizei bis Sonntag hierzulande bereits 37 786 geflüchtete Ukrainer. Allerdings könnte die tatsächliche Zahl der nach Deutschland eingereisten Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine deutlich höher sein. Infolge des Kriegs in der Ukraine flohen nach Angaben der Vereinten Nationen mehr als 1,5 Millionen Menschen aus dem Land. Das sei die „am schnellsten wachsende Flüchtlingskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg“, schrieb UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi am Sonntag auf Twitter.

Die Berliner Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) forderte für die Hauptstadt mehr Unterstützung. „Wir

kommen zunehmend an unsere Grenzen“, sagte sie am Sonntag im ZDF. Giffey mahnte, es müsse „endlich eine bundesweite Organisation und Verteilung“ geben. Denn „in diesen Größenordnungen“ sei die Bewältigung der Situation allein mit den in Berlin vorhandenen Strukturen nicht zu schaffen. Seit Sonntag werden Flüchtlinge mit Bussen vom Berliner Hauptbahnhof aus in andere Bundesländer gebracht, wie die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales mitteilte. 13 Bundesländer würden angestreut, Bayern und Hamburg seien ausgenommen. „Das Angebot ist freiwillig, keine Registrierung“, hieß es.

Für die Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer ist nach dem Aufenthaltsgesetz das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig. Es gilt der Königsteiner Schlüssel. Ukrainer

und Personen, die in der Ukraine einen legalen Status hatten, müssen nicht ins Asylverfahren, sondern bekommen direkt einen Aufenthaltstitel. Diese Regeln gelten, weil die Innenminister der EU die Massenzustrom-Richtlinie aktiviert haben. Deutschland wird nach den Worten von Bundesinnenministerin Nancy Faeser alle Flüchtlinge aus der Ukraine unabhängig von ihrer Nationalität aufnehmen. „Wir wollen Leben retten. Das hängt nicht vom Pass ab“, sagt Faeser der „Bild am Sonntag“.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) teilte auf Twitter mit: „Es ist gut und eben nicht selbstverständlich, dass alle EU-Staaten gemeinsam, schnell und unbürokratisch Kinder, Frauen und Männer aufnehmen.“ Darüber habe er am Sonntag auch mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gesprochen. (Siehe Seite 3.)

Nur Gewalt im Angebot

Russland ist der große Verlierer der zweiten Globalisierung: Statt in Zukunftstechnologie investierte seine Elite in den ostentativen Luxuskonsum.

Feuilleton, Seite 11

Gold aus Amazonien

Immer größere Teile des Amazonas-Regenwaldes werden gerodet. Das liegt auch am illegalen Abbau von Gold.

Politik, Seite 6

Erhitzte Gefühle

Der Weltklimabericht fragt, wie man angesichts der sich erwärmenden Erde einen kühlen Kopf bewahren kann.

Feuilleton, Seite 11

Kein Geld für Putin

Der Chef des ukrainischen Energiekonzerns Naftogaz fordert härtere Sanktionen und ein Embargo auf Öl und Gas.

Wirtschaft, Seite 19

90 Minuten Weltflucht

Was ist in diesen Tagen wirklich wichtig? Fußball nicht. Das Privileg, den Wahnsinn auch mal auszublenden, aber schon.

Sport, Seite 32

Klügere Finanzierung

Nie war der Bedarf an Absolventen in BWL so groß. Lässt sich das Angebot verbessern?

Betriebswirt, Seite 18

Briefe an die Herausgeber, Seite 21

Oberstes Gericht bestätigt Todesurteil für Zarnajew

AFP. WASHINGTON. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat das Todesurteil gegen den Attentäter vom Bostoner Marathonlauf im Jahr 2013 wieder in Kraft gesetzt. Der Supreme Court in Washington kippte mit einer Mehrheit von sechs zu drei Richterstimmen die vorherige Aufhebung des Todesurteils gegen Dschochar Zarnajew durch ein Berufungsgericht. Die Verfassungsrichter erklärten, der heute Achtundzwanzigjährige habe vor seiner Verurteilung einen fairen Prozess erhalten. Die drei Richter des liberalen Flügels widersprachen dieser Auffassung. (Siehe Deutschland und die Welt.)

Papstvertrauter wegen Missbrauchs verurteilt

rüb./tja. ROM/FRANKFURT. Der argentinische Bischof Gustavo Zanchetta, ein Vertrauter von Papst Franziskus, ist vom Provinzgericht Salta im Norden Argentiniens wegen sexuellen Missbrauchs zweier Seminaristen zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wegen der Schwere der Straftat wurde der frühere Bischof von Orán unmittelbar nach dem Schuldspruch ins Gefängnis gebracht. Zanchettas Anwalt will Berufung gegen das Urteil einlegen. Zanchetta weist die Vorwürfe zurück und sieht sich als Opfer eines Rachefeldzugs. (Siehe Seite 6; Kommentar Seite 10.)

Tausende Festnahmen bei Protesten in Russland

fia./mwe. FRANKFURT/BERLIN. In Russland sind bei Protesten gegen den Krieg in der Ukraine am Sonntag mehr als 4800 Menschen in 59 Städten festgenommen worden. Das berichteten die Bürgerrechtsschützer von OWD-Info. Aufnahmen in den sozialen Netzwerken zeigten, dass Sicherheitskräfte in vielen Städten gewaltsam gegen Demonstranten vorgehen. Auf dem Berliner Bebelplatz wandten sich am Sonntag Schriftsteller und Wissenschaftler gegen Putins Krieg. Auch in anderen deutschen und europäischen Städten demonstrierten Zehntausende. (Siehe Seite 4.)

Ukrainische Sportler bei Paralympics erfolgreich

F.A.Z. FRANKFURT. Inmitten des Krieges in ihrer Heimat haben ukrainische Athleten bei den Paralympischen Winterspielen in Peking am Auftaktwochenende zahlreiche Medaillen gewonnen. Mit dreimal Gold, dreimal Silber und einmal Bronze belegte die Ukraine nach den ersten beiden Wettkampftagen Rang zwei im Medaillenspiegel. Mehrere Athleten des 20-köpfigen ukrainischen Teams waren vor der Anreise nur knapp den Bomben entkommen. Vor der Eröffnungsfeier hatten sie ein Banner mit der Aufschrift „Stopp den Krieg!“ präsentiert. (Siehe Sport.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal (Cont.), Spanien 4,00 € / Griechenland, Kanaren, Malta, Niederlande, Zypern 4,10 € / Schweiz 5,20 sfrs

Ziel sind die Zivilisten

Im eingekesselten Mariupol ist eine Evakuierung zweimal gescheitert. Der Bürgermeister warnt vor einer Katastrophe.

Von Gerhard Gnauck, Warschau

Die heftigen Kämpfe zwischen den russischen Invasionstruppen und den ukrainischen Verteidigern haben sich auch am Wochenende fortgesetzt. Im Mittelpunkt stand dabei die Stadt Mariupol in der Donbass-Region am Asowschen Meer. Erstmals sollten hier am Wochenende die Bewohner einer von russischen Truppen eingekesselten Stadt evakuiert werden – doch beide Versuche sind gescheitert. Am Samstag wie am Sonntag hatten russische Truppen den Behörden der Hafenstadt eine auf wenige Stunden begrenzte Feuerpause zugesagt. In dieser Zeit sollten Busse den ersten Teil der 440 000 Einwohner in Sicherheit bringen.

Geplant war, dass sich die Einwohner an drei Punkten in der Stadt sammeln. Auch Autos sollten in der Kolonne zugelassen sein, an deren Spitze gekennzeichnete Fahrzeuge des Roten Kreuzes fahren sollten. Ziel war die 220 Straßenkilometer entfernte Großstadt Saporischschja. Schließlich teilten die Behörden der Stadt nach beiden Versuchen jedoch mit, der Beschuss sei nicht eingestellt worden – die Aktion müsse abgebrochen werden. Genauso entwickelte sich die Lage offenbar in der benachbarten Stadt Wolnowacha. Ein Vertreter der „Volksmiliz“ der Kämpfer in den von Russland unterstützten, selbst ernannten Volksrepubliken gab der ukrainischen Seite die Schuld am Scheitern: Sie habe es abgelehnt, eine Feuerpause zu garantieren. Der Gouverneur des Oblasts Donezk, Pawlo Kirilenko, schrieb dagegen auf Facebook, die russischen Truppen hätten die Stadt weiter beschossen. Es sei extrem gefährlich, unter diesen Umständen zu evakuieren.

Die britische Organisation Halo Trust, die weltweit Minenräumung betreibt, beschrieb die Lage am Sonntag auf Twitter mit den Worten eines noch in Mariupol tätigen Mitarbeiters: „Keine (Tele-)Kommunikation, kein Wasser, kein Strom, keine Lebensmittel in den Läden. Schiffe, Artillerie und Flugzeuge schießen. Die Bevölkerung ist bereits am Abgrund. Aber wir halten durch. Mir fehlen die Worte, das ist die lebende Hölle.“ Der Notfallkoordinator der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen in der Ukraine, Laurent Ligozat, sagte, die Lage in der Großstadt verschlimmere sich von Tag zu Tag.

Wadym Bojtschenko, Bürgermeister von Mariupol, sagte in einem Videointerview am Samstag, dass die Stadt „seit fünf Tagen ohne Strom, auch ohne Heizung

und Mobilfunk“ sei. Kindernahrung und Medikamente könnten nicht mehr angeliefert werden. Auch eine Blutbank und zwei Operationssäle seien beschossen worden. Bis zur Stunde gebe es in der Stadt insgesamt „Tausende Verletzte, die Getöteten zu zählen ist leider sehr schwer“. Seit Tagen gebe es pausenlos Luft- und Artillerieangriffe. Von den fünfzig für die Evakuierung vollgetankten Bussen seien durch Beschuss erst dreißig, nach dem nächsten Beschuss nur noch zwanzig übrig geblieben, bald könnten sie alle zerstört sein.

Bojtschenko warf den russischen Truppen vor: „Sie wollen uns als Nation zerstören und die Ukraine von Ukrainern befreien.“ Die „russisch-faschistischen Genossen“ strebten einen „Völkermord“ an. Er appellierte an die Staatengemeinschaft: „Helft uns, Mariupol noch zu retten.“ Die Stadt, wie man sie gekannt habe, „die gibt es nicht mehr“. Aus den Städten Irpin bei Kiew und Kramatorsk im Osten des Landes sind Fotos und Videos aufgetaucht, die offenbar den Beschuss von Wohnblocks durch russische Truppen zeigen. Aus Irpin zog daraufhin eine Fluchtungskolonnen an einer zerstörten Straßenbrücke vorbei Richtung Kiew, um dort Zuflucht zu finden. Eine Videoaufnahme vom Sonntag zeigt, wie Flüchtlinge auf dieser Fluchtroute in Irpin beschossen werden. Im Hintergrund eilen Menschen mit Koffern vorbei, plötzlich schlägt ein Geschoss auf der Straße ein. Von der vierköpfigen Familie auf der anderen Seite der Kreuzung waren die Mutter und die beiden Kinder sofort tot, wie eine Reporterin der „New York Times“ und Augenzeugin

beschreibt. Der Vater sei schwer verwundet worden.

Präsident Wolodymyr Selenskyj berichtete in kurzen Videobeiträgen über die Lage sowie über ein weiteres Telefonat mit dem amerikanischen Präsidenten Joe Biden, ohne jedoch über Details zu sprechen. Am Sonntag seien auch acht Raketen auf die Großstadt Winnyzja abgefeuert worden, der Flughafen sei völlig zerstört. „Wir wiederholen es jeden Tag: Sperrt den Himmel für alle diese russischen Raketen und russischen Kampffluger“, sagte Selenskyj, an die Partnerländer der Ukraine gewandt. Diese sollten dem Land auch Kampfflugzeuge zur Verfügung stellen. Wenn das nicht geschehe, sagte Selenskyj an die Adresse der ausländischen Politiker, „kann man nur einen Schluss daraus ziehen: Auch ihr wollt, dass wir hier nach und nach ermordet werden.“

Laut Kiewer Angaben, die nicht überprüft werden können, sind bisher mehr als 11 000 Russen im Krieg gefallen (Moskau gestand am Mittwoch 498 Tote und 1597 Verwundete ein). Am Wochenende konnten kriegsgefangene Russen auf einer Pressekonferenz in Kiew befragt werden. Leutnant Maxim Grischenkow von der Panzertruppe sagte, die Ukrainer kämpften „wie die Tiere“ und würden „keinen Zentimeter Boden aufgeben“. Auch haben die Kiewer Behörden jetzt eine Namensliste mit 116 russischen Kriegsgefangenen vorgelegt und die russischen Soldatenmütter aufgefordert, „nach Kiew zu kommen und die Söhne abzuholen“. Sie werde eine korrekte Behandlung der Gefangenen gewährleisten, sagte Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa in Kiew.

Moskau und Kiew behaupten jeweils, einige Dutzend Flugzeuge und mehrere Hundert gepanzerte Fahrzeuge des Gegners zerstört zu haben. Zumindest für die ukrainische Seite belegen immer wieder neue Fotos und Videos von verkohlten Fahrzeugkolonnen des Gegners, dass diese Angaben realistisch erscheinen. Angaben über die Verluste an eigenen Soldaten macht Kiew nicht. Das russische Militär greift nach Einschätzung des britischen Militärgeheimdienstes in der Ukraine auch Wohngebiete in einer Weise an wie in Tschetschenien 1999 und in Syrien 2016. Ziele seien unter anderem die Städte Charkiw, Tschernihiw und Mariupol, heißt es in einem neuen Geheimdienstbericht. Die tschetschenische Hauptstadt Grozny und das syrische Aleppo wurden damals durch russische Angriffe aus der Luft und vom Boden aus weitgehend zerstört.

In der Ukraine tätige ausländische Journalisten verbreiteten am Wochenende eigene Videos von gerade getroffenen Wohnhäusern, etwa in den Städten Irpin und Bila Zerkwa. Auch die Stadt Tschernihiw wurde beschossen. In der von den Russen besetzten Großstadt Cherson sowie dem in der Nähe gelegenen Nowa Kachowka gingen Tausende zu Demonstrationen gegen die russische Invasion auf die Straße und schwenkten ukrainische Fahnen. In Cherson reagierten die russischen Soldaten mit Warnschüssen in die Luft. Videos aus anderen Städten, darunter Berdjansk, zeigten, wie sich Einwohner schimpfend vor die Fahrzeuge der russischen Besatzer stellten und diese an der Weiterfahrt hinderten.

Wolodymyr Selenskyj: „Schickt uns Flugzeuge!“

Washington will Kiew helfen, stößt aber auf Widerstand / Von Majid Sattar, Washington

Kurz nach einer Videokonferenz des ukrainischen Präsidenten mit rund 280 Kongressmitgliedern verbreitete sich am Samstag die Botschaft Wolodymyr Selenskyjs in Washington wie ein Lauffeuer: „Schickt uns Flugzeuge!“

Die virtuelle Konferenz dauerte etwa eine Stunde. Selenskyj dankte den Senatoren und Abgeordneten zunächst für deren Unterstützung. Dann trug er seine Forderungen vor: Washington müsse angesichts des Krieges gegen sein Land die Sanktionen gegen Russland verschärfen. Die amerikanische Regierung müsse aufhören, russisches Öl zu kaufen. Auch habe er seine Forderung nach einer Flugverbotszone bekräftigt, berichteten Teilnehmer, wobei er den Begriff vermied und lediglich davon sprach, man möge den Himmel kontrollieren. Die Führung der Demokraten im Kongress hatte schon vorher signalisiert, eine Flugverbotszone, die man militärisch durchsetzen müsse, werde es nicht geben. Das bedeute den dritten Weltkrieg, hatte es geheißen. Am Samstag meldete sich auch der russische Machthaber Wladimir Putin dazu zu Wort: Er würde die Einrichtung einer „No-Fly-Zone“ als Kriegserklärung bewerten.

Als Kongressmitglieder Selenskyj verdeutlichten, warum Washington dies nicht tun könne, soll dieser nach Kampfflugzeugen verlangt haben. Die Botschaft Selenskyjs, sagte der republikanische Senator Ben Sasse später, habe gelaute: „Schließt den Luftraum über der Ukraine oder schickt uns Flugzeuge.“ Sowohl Demokraten als auch Republikaner unterstützten hernach die Forderung. Chuck Schumer, der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, äußerte, er werde sich dafür einsetzen, dass die Biden-Administration dafür Sorge, die Ukraine mit Kampfflugzeugen russischer Herkunft auszustatten. Die Republikaner schlossen sich an. Hintergrund ist die Idee, dass östliche NATO-Mitglieder wie Polen, Rumänien oder die Slowakei, welche aus früheren Zeiten noch Flugzeuge russischer Herkunft vom Typ MiG-29 besitzen, diese den ukrainischen Streitkräften zur Verfügung stellen, da deren Piloten die Maschinen fliegen können. Im Gegenzug gibt es die Überlegung, den NATO-Partnern amerikanische Kampfflugzeuge vom Typ F-16 zu liefern.

Außenminister Antony Blinken, der am Wochenende zunächst die ukrainisch-polnische Grenze besuchte und dann in die Republik Moldau weiterreiste, äußerte: „Wir sehen uns derzeit aktiv die Frage von Flugzeugen an, die Polen an die Ukraine liefern könnte. Und wie wir dann nachliefern könnten, sollte Polen sich entschließen, diese Flugzeuge zu liefern.“ Dafür gebe es keinen Zeitplan, aber man schaue sich das „sehr, sehr aktiv an“. Derzeit sei

man mit der ukrainischen Regierung im Gespräch, was dort benötigt werde.

Blinkens Worten war schon zu entnehmen, dass es in Warschau Bedenken gegen die Pläne gibt. Kurz darauf teilte die polnische Regierung tatsächlich mit: „Polen wird seine Kampfjets nicht in die Ukraine schicken und auch nicht erlauben, seine Flughäfen zu nutzen. Wir helfen ganz erheblich in vielen anderen Bereichen.“ Sie verwies dabei auf eine Erklärung des polnischen Generalstabs vom Donnerstag. Darin hieß es, alle polnischen Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 blieben auf ihren Heimatbasen, sie seien außerdem mit dem rot-weißen Hoheitszeichen der polnischen Luftwaffe markiert. Washington sucht weiter nach einer Lösung, Kongressmitglieder hatten schließlich auch andere frühere Warschauer-Pakt-Staaten als Lieferanten vorgeschlagen.

Im Kapitol nimmt der Druck auf Präsident Joe Biden zu, die Sanktionen zu verschärfen. Insbesondere die Debatte, russische Öleinfuhren zu verbieten, gewinnt an Fahrt. Das hat sachliche und parteipolitische Gründe. Die ukrainische Seite begründet ihre Forderung in Washington damit, dass Putin gleichsam von seiner Invasion profitiert. Wegen des Krieges sei der Ölpreis stark gestiegen – und damit auch die russischen Einnahmen. Die Republikaner nutzen wiederum eine Kakophonie bei den Demokraten: Während man in der vergangenen Woche im Weißen Haus noch argumentierte, man behalte sich den Schritt eines Importverbots vor, hatte Nancy Pelosi, die „Sprecherin“ des Repräsentantenhauses, sich klar dafür ausgesprochen. Die Republikaner, angeführt von ihrem außenpolitischen Falken Lindsey Graham, verstärkten daraufhin ihren Druck. Am Sonntag deutete Blinken eine Kursänderung an: Man befinde sich in lebhaften Gesprächen über ein Importverbot.

Graham forderte die Regierung zudem auf, „die Aktivitäten Putins und seines inneren Zirkels als Kriegsverbrechen zu deklarieren“. Die Regierung müsse außerdem eine Strafverfolgung Putins als Kriegsverbrecher unterstützen. „Alles andere wäre ein schlechter Dienst für das ukrainische Volk, das russische Volk und die Weltordnung.“ Zuvor hatte der Senator aus South Carolina für eine andere Option plädiert: Auf Twitter rief er zum Tyrannenmord auf: „Irgendwer in Russland“ müsse jetzt aktiv werden „und diesen Typen aus dem Weg schaffen“. Weiter schrieb er: „Gibt es einen Brutus in Russland?“ Oder möglicherweise gebe es in den Reihen des russischen Militärs einen „effizienteren Oberst Stauffenberg“. „Sie würden Ihrem Land und dem Rest der Welt einen großen Dienst erweisen.“



Israelische Vermittlungsversuche

Naftali Bennett hat mehrfach mit Putin und Selenskyj gesprochen – bisher zeichnet sich kein Erfolg ab / Von Helene Bubrowski, Berlin, und Christian Meier, Tel Aviv

Dass ein israelischer Regierungschef aktiv und öffentlich als Vermittler tätig wird, ist ausgesprochen selten. In den Konflikten im Nahen Osten ist es meist andersherum: Israel befindet sich in der Rolle derjenige Partei, der Vermittlung angeht. Mit entsprechend großer Aufmerksamkeit wurde Naftali Bennetts Reise nach Moskau und anschließend nach Berlin am Wochenende begleitet. Ob der überraschende Besuch bei Russlands Präsident Wladimir Putin Bewegung in die diplomatischen Bemühungen bringen wird, den russischen Angriff auf die Ukraine zum Stillstand zu bringen, war zunächst ungewiss.

In Berlin wurde die Einschätzung verbreitet, dass Gespräche in dieser Lage ein Wert an sich seien. Das klingt nicht so, als ob sich eine Lösung abzeichnet. Immerhin soll die Stimmung nicht ganz so unangenehm gewesen sein wie im Gespräch zwischen Putin und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron am Donnerstag. Und am Sonntag setzten Bennett und Putin ihren „ausführlichen Meinungsaustausch“, wie es

in einer Kreml-Mitteilung am Abend hieß, telefonisch fort.

Bennett sagte zum Auftakt der wöchentlichen Kabinettsitzung in Jerusalem, er könne „naturgemäß“ keine Details der Reise ausbreiten. Er wies aber darauf hin, dass Israel Zugang zu allen Seiten habe – gemeint waren vor allem die Kriegsparteien Russland und Ukraine. Und selbst wenn die Chance auf einen Erfolg nicht groß sei, sehe er es als „moralische Verpflichtung, jede Anstrengung zu unternehmen“. Israel stehe bei Bedarf weiter bereit, unterstützend tätig zu werden.

Wenige Stunden zuvor war der israelische Ministerpräsident von seinem bis zuletzt geheim gehaltenen Kurzbesuch zurückgekehrt. Im Kreml sprach er am Samstagabend etwa drei Stunden lang mit dem russischen Präsidenten. Als Dolmetscher fungierte Ze'ev Elkin, der israelische Minister für Wohnungsbau und Jerusalem-Angelegenheiten. Der russischsprachige Elkin hatte diese Rolle schon in der Regierungszeit Benjamin Netanjahus mehrmals eingenommen. Er ist in Charkiw geboren – der zweitgrößten Stadt der Ukraine im

Osten des Landes, die seit Tagen unter russischem Beschuss liegt. Nach dem Gespräch mit Putin telefonierte Bennett mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj; beide sprachen bis Sonntagmittag dreimal miteinander. Auch Macron informierte Bennett, bevor er nach Berlin flog. Eigentlich war er dort gegen 19 Uhr erwartet worden, es wurde 23 Uhr. Gut anderthalb Stunden lang tauschte Bennett sich dort mit Olaf Scholz aus. Der Bundeskanzler selbst hatte mit Putin zuletzt am Freitag gesprochen.

Bennett und Scholz hatten sich erst am Mittwoch gesehen, als der Kanzler zum Antrittsbesuch nach Israel geflogen war. Wie nun zu hören ist, sprachen beide nicht nur über den Krieg in der Ukraine, sondern auch schon konkret über Bennetts Vermittlerrolle. Scholz soll ihn ermuntert haben. Aus Berliner Sicht bietet sich Bennett aus verschiedenen Gründen an. Er ist nicht Partei in dem Konflikt, soll aber einen Draht zu Putin haben. Die Begeisterung für das Militärische verbindet, so heißt es. In Israel lebt außerdem eine große russische Minderheit.

Hinzu kommt, dass Bennett sich persönlich bislang nicht klar zur Verantwortung für den Krieg in der Ukraine erklärt hat. Dabei hatte in den vergangenen Tagen der Druck auf Israel zugenommen, eine unzweideutige Haltung zu finden. Die Regierung wand sich, da sie weder die Partnerschaft mit den USA noch die guten – und mit Blick auf den Kriegsschauplatz Syrien wichtigen – Beziehungen mit Russland auf Spiel setzen wollte. Am Mittwoch stimmte Israel dann aber zusammen mit 140 weiteren Staaten für eine Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in der Russlands Aggression „auf das Schärfste“ verurteilt und der Abzug der Truppen gefordert wurde.

Rückblickend wirkt es nun fast so, als sei die lange Zeit unentschiedene Haltung seiner Regierung und zumal des Regierungschefs eine bewusste Entscheidung Bennetts gewesen, um Israels Glaubwürdigkeit als Vermittler zu bewahren. Sehr wahrscheinlich ist das nicht. Allerdings hatte schon am zweiten Kriegstag Selenskyj den israelischen Ministerpräsidenten

in einem Telefonat um Vermittlung gebeten. Israelischen Medienberichten zufolge gab Bennett dem ukrainischen Präsidenten damals keine Zusage und lehnte auch dessen Bitte nach Waffenlieferungen ab. Zwei Tage später führte er aber ein etwa zwanzig Minuten langes Telefonat mit Putin. Laut offizieller Darstellung bot Bennett darin Israels Hilfe an, die Krise beizulegen, worauf Putin offenbar jedoch nicht einging.

Am Mittwoch, nachdem Scholz seinen Kurzbesuch in Israel beendet hatte, telefonierte Bennett dann abermals sowohl mit Putin als auch mit Selenskyj. Der ukrainische Präsident verschärfte kurz darauf jedoch seine Kritik am Verhalten Israels. Gegenüber israelischen Medien sagte Selenskyj am Donnerstag, er habe ein Foto von Juden gesehen, die an der Klagemauer beteten und dabei in ukrainische Flaggen gehüllt gewesen seien. Was Bennett betreffe, sagte Selenskyj weiter, müsse er ganz offen feststellen: „Ich habe nicht das Gefühl, dass er in unsere Flagge gehüllt ist.“ Auf Facebook hatte der ukrainische Präsident, der selbst Jude ist, schon

zuvor auf Hebräisch alle Juden auf der Welt dazu aufgerufen, die Stimme gegen den russischen Angriffskrieg zu erheben.

Am Sonntag sagte Selenskyj nun, er sei „dankbar“ für Israels Unterstützung für die Ukraine. Auf Bennetts Vermittlungsbemühungen ging er nicht konkret ein. Das israelische Radio berichtete, Putin habe zu Bennetts Vermittlungsangebot weder Ja noch Nein gesagt. Ein Thema des Gesprächs zwischen beiden war laut offiziellen Verlautbarungen auch das Schicksal von Israelis und Juden in der Ukraine. Israel unternimmt seit Tagen Anstrengungen, diese Bevölkerungsgruppen bei der Ausreise zu unterstützen. Innenministerin Ayelet Shaked sagte am Wochenende, man bereite sich darauf vor, mehr als 100 000 Personen aufzunehmen. Zugleich forderte die Politikerin von der rechten Jamina-Partei, der Staat solle sich auf die Aufnahme von Juden konzentrieren. Bis Sonntagmittag waren rund 2000 Flüchtlinge in Israel angekommen. Laut offiziellen Angaben waren weniger als zehn Prozent von ihnen Juden.

STIMMEN DER ANDEREN

Sicherster Ausweg wäre Putins Absetzung

„El País“ (Madrid) kommentiert Möglichkeiten für ein Ende des russischen Angriffs auf die Ukraine: „Niemand weiß bisher, welche Auswege für den Kreml geschaffen werden könnten, um ihn von seiner zerstörerischen Aktion abzubringen. Auch der grausamste Krieg endet mit einem Friedensabkommen oder zumindest mit einem Waffenstillstand, der auf der Schaffung eines Auswegs aufbaut. Dies kann und soll nicht die Kapitulation Kiews sein. Auch nicht die Amputation eines Teils seines Territoriums. Jedes Zugeständnis an Putin wird ihn in seinem Streben nach Rückeroberung des sowjetischen Machtbereichs ermutigen. Zu wissen, dass die anderen Länder in Reichweite des (russischen) Prankenhiebs bereits in

der NATO sind, ist die Art von Botschaft, die der Aggressor erhalten sollte. Auch die Idee einer Vermittlung durch Peking steht im Raum. Das Regime von Xi Jinping hat seine Schachfiguren positioniert, um einen solchen Einsatz vorzubereiten. Der sicherste Ausweg wäre indes die Absetzung Putins, aber das ist etwas, das nur in Moskau erledigt werden kann. Nicht nur von engagierten demokratischen Bürgern, sondern auch von den Oligarchen und den Kräften, die begünstigt wurden von der Öffnung zur Welt, die Putin gerade beerdigt hat.“

Informationen als Waffe gegen Putin

Zum Ukrainekrieg schreibt die italienische Zeitung „La Repubblica“ (Rom):

„Es deutet darauf hin, dass man sich in diesem modernen Krieg vielleicht mehr als auf Sanktionen gegen Personen auf eine andere Waffe stützen muss, nämlich Informationen. Putin versucht gerade, alle Informationskanäle außer den offiziellen zu schließen, und man muss ihn daran hindern, dass er das schafft. Wahrscheinlich ist es auf diesem Terrain, auf dem die entscheidende Schlacht geschlagen werden könnte; es ist ein Terrain, auf dem Russland technologisch unverwundbar ist. Die BBC reaktivierte den Kurzwellenrundfunk, wie während des Zweiten Weltkriegs. Natürlich reicht das nicht. Es wäre viel effektiver, in der Lage zu sein, Bilder von bombardierten Schulen, zivilen Opfern, Eltern, die an den Leichen ihrer Kinder weinen, auf den Fernsehapparaten und Computern

der Bürger oder auf den Handys russischer Soldaten zu zeigen, als darauf zu warten, dass die Sanktionen den organisierten Unmut entfesseln oder die Machthaber treffen.“

Haltung des Westens ist bedeutsam

„The Observer“ (London) setzt sich vor allem mit den Reaktionen auf den russischen Überfall auseinander: „Die Welt hat mit Entsetzen gesehen, wie Wladimir Putin in der Ukraine die gleiche Taktik des rücksichtslosen Niedermetzels von Zivilisten angewandt hat, wie er es bereits in Syrien und Tschetschenien tat. Die Macht von Despoten beruht auf ihrer Bereitschaft, unvorstellbares Unheil anzurichten, um den Willen

derer zu beugen, die sie zu beherrschen suchen. Und Putin ist da nicht anders. Die Ukrainer sind zu einem erbitterten Kampf um ihre Freiheit und ihre Unabhängigkeit gezwungen; die außergewöhnliche Tapferkeit der einfachen Bürger sollte uns alle demütig machen. ... Es ist noch zu früh, um die Folgen des Russland-Ukraine-Konflikts für die Weltordnung abzuschätzen. China, das sich des Völkermords innerhalb seiner eigenen Grenzen schuldig gemacht hat, wird genau beobachten, wie die NATO-Länder auf die russische Bedrohung reagieren. Die Menschen in der Ukraine kämpfen um die Existenz ihrer Nation. Was die USA, Europa und des Vereinigte Königreich unternehmen, um sie zu unterstützen, könnte den Lauf der Geschichte bestimmen.“

In Abteil fünf wartet Elina darauf, dass die Fahrt nach Westen weitergeht. Doch erst müssen in Frankfurt an der Oder die Pässe kontrolliert werden, so wird es hier an diesem Samstag mit allen Zügen aus Polen gemacht. Beamte holen an diesem Wochenende auch Personen aus den Zügen, die vorerst nicht weiterfahren dürfen, weil sie mit ihren Papieren dazu nicht berechtigt sind. Elina hingegen kann mit ihrem ukrainischen Pass ungehindert weiterreisen. Auf dem gelben Pullover der Neunzehnjährigen steht der Name einer Stadt: Los Angeles. Das sei ein besonderes Kleidungsstück, sagt die Studentin, weil sie die amerikanische Stadt immer schon mal besuchen wollte. Jetzt aber ist sie auf dem Weg nach Berlin. Der Zug wird durchfahren, darum steigt sie in Frankfurt an der Oder nicht aus. Für alle anderen, die hier umsteigen, haben die Katastrophenschützer auf dem Bahnhofsvorplatz Wärmehelme und Toiletten aufgestellt, Freiwillige verteilen Wasser, Gummibärchen und Bananen. Für Kinder wurden Tüten gepackt, mit Kuscheltieren und Malsachen.

Die Passkontrolle dauert so lange, dass der Zug den Grenzbahnhof erst mit 23 Minuten Verspätung wieder verlässt. Die Luft in den voll besetzten Waggons ist etwas verbraucht, zwischen Frauen und Kindern stapeln sich Sorgen und Gepäck. Auf einem Haufen Taschen sitzt eine Frau mittleren Alters, die blassen Lider geschlossen, den Kopf an die Wand gelehnt. Im Gang vor Elinas Sechser-Abteil schaut ein Jugendlicher zum Fenster hinaus und lässt mit verlorenem Blick die brandenburgische Landschaft an sich vorbeiziehen. Mit den Passagieren in diesem Zug ist Elina Teil eines großen Flüchtlingsstroms, der unaufhaltsam anwächst. Unzählige haben sich aufgemacht. Am Sonntag spricht UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi von der „am schnellsten wachsenden Flüchtlingskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg“. Nach Schätzung des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind bisher 1,5 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, die meisten davon nach Polen. Das Land zählte bis Sonntagvormittag rund 922 400 Flüchtlinge aus der Ukraine, in Deutschland wurden laut Innenministerium 37 786 registriert. Die Zahl könne aber viel höher liegen.

Elina wollte sich in ihrer Heimat ein Leben aufbauen. Sie zog vom westukrainischen Lwiv nach Kiew, studierte Englisch und Deutsch. Wegen ihrer guten Noten bekam sie ein Stipendium. Sie unterrichtete nebenbei Englisch und war sogar kurze Zeit Animatouristin für Touristen in Ägypten. In den vergangenen Wochen lebte sie in einem Hostel mitten in Kiew, weil Corona einsam macht und sie wieder mehr unter Leuten sein wollte. Doch das klingt jetzt wie eine Erzählung aus einer anderen Zeit. Seit dem 24. Februar ist alles anders. Am frühen Morgen jenes Tages wird Elina im Mehrbettzimmer des Hostels von einer anderen jungen Frau geweckt. Sie hat Nachricht von den Eltern aus der Hafenstadt Mariupol erhalten: Der Krieg hat begonnen. Elina muss nicht lange überlegen. Sie räumt ihr Konto leer, nimmt ihre Sachen und fährt mit der Bahn zu ihren Eltern in den Westen nach Lwiv. Die Angst reist mit und der Gedanke, zu gehen.

Elinas Eltern haben Zweifel an der Idee mit der Flucht, aber auch die vertreibt der Krieg. Bald steht der Entschluss fest: Elina wird gehen, die Eltern bleiben. Der Vater darf, wie alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren, das Land nicht verlassen. Die Mutter will nicht ohne ihn gehen und auch die Arbeit und die Katze nicht zurücklassen. So erzählt es Elina. Ihre Mutter hoffe noch, dass alles gut werde. Sie selbst habe diese Hoffnung nicht. Am Tag fünf des Kriegs geht Elina mit ihrer Mutter zum Bahnhof, um ein Ticket zu kaufen. Weil die für reguläre Züge ausverkauft sind, bleiben nur noch kostenfreie Sonderzüge, bei denen man auf gut Glück einen Platz ergattern muss. Die Aussichten darauf sind schlecht. Elina versucht es trotzdem. Nach Mitternacht, um 0,20 Uhr, steht sie dicht gedrängt zwischen Hunderten Leuten mit ihren Eltern am Bahnhof, chaotische Szenen spielen sich ab. Sie kommt nicht in den Zug. „Ich wollte nicht aufgeben“, sagt sie. Wer sie erlebt, wird daran keinen Zweifel haben. In derselben Nacht versucht sie, ein Busticket zu bekommen. Das wird ihr auch verkauft, aber als sie um 3 Uhr nachts einsteigen will, findet der Busfahrer ihren Namen nicht auf der Liste. Mit den Eltern fährt sie nach Hause, eigentlich dürfen sie nach der Sperrstunde nicht mehr auf der Straße sein, aber es geht noch mal gut.

In der Nacht auf den siebten Kriegstag steigt Elina um 2,50 Uhr endlich in einen Bus nach Polen. Die Heimat so zu verlassen fiel ihr schwer, sagt sie in der Rückschau. „Ich habe beinahe geweint, als ich gefahren bin.“ Jenseits der Grenze warten Helfer, verteilen Suppe und Sandwiches. Am nächsten Abend kommt sie im 400 Kilometer entfernten Warschau an. Durch einen Kontakt gelangt sie in eine Notunterkunft im Umland. Aber in dem umfunktionierten Internat sieht Elina für sich keine Perspektive. Sie sagt sich: „Ich kann nicht nach Hause kommen, ich habe nirgendwo Verwandte. Was soll ich tun?“ Der Krieg wird, egal wie lange er dauert, Zerstörung hinterlassen. „Es braucht so viel Zeit, das aufzubauen“, sagt Elina. „Ich habe die Zeit nicht, ich bin jung.“ Also beschließt sie, nach Berlin zu gehen. Sie hatte sowieso einmal mit dem Gedanken gespielt, eines



Gut angekommen: Die Studentin Elina aus der Ukraine informiert sich am Samstag im Berliner Hauptbahnhof bei einem freiwilligen Helfer.

Elinas Weg nach Westen

In ihrer Heimat wollte sich die junge Ukrainerin eine Zukunft aufbauen. Putins Krieg hat den Traum der Studentin zerstört. Die Geschichte einer Flucht nach Deutschland.

Von Tobias Schrörs (Text), Frankfurt (Oder), und Jana Mai (Fotos), Berlin



Zwischenhalt in Frankfurt (Oder): Die aus Polen eingereisten Passagiere warten am Samstag auf die Weiterfahrt Richtung Berlin.

Wer hat noch Platz? Bürger bieten am Samstag mit Schildern im Hauptbahnhof Berlin Unterkünfte für Flüchtlinge aus der Ukraine an.



Zur Ruhe kommen: Elina (rechts) mit ihrer Gastgeberin Niene am Samstag in deren Berliner Wohnung.

Tages dorthin zu gehen für eine Zeit, schließlich studiert sie Deutsch in Kiew.

Am Samstag, dem zehnten Tag seit Kriegsbeginn, macht sie sich frühmorgens auf den Weg, um von Warschau aus um kurz nach acht einen Zug nach Berlin zu nehmen. So wie sie ist an diesem Tag auch Tanja unterwegs nach Berlin, wenn auch in einem anderen Zug. Tanja verließ Kiew, als am sechsten Kriegstag russische Raketen in den Fernsehturm von Kiew einschlugen. Sie ist gemeinsam mit ihrer Mutter und dem Hund auf der Flucht. Der 24 Jahre alte Bruder musste zurückbleiben. Über ihren kuscheligen

weißen Hund, der Vanish heißt, sagt die junge Frau: „Er ist ein Held.“ Bei einem Zwischenhalt in Polen hätten sich alle Kinder auf ihn gestürzt, jeder wollte ihn streicheln. Ein Trost auf einem schweren Weg. Durch Vanish lernte sie auch zwei andere Frauen kennen, die ebenfalls mit ihrem Hund auf der Flucht sind. Weil das verbindet, sind sie jetzt zusammen unterwegs. In Berlin wird die junge Frau von Freunden erwartet. Die Deutschen hat sie in einem Technoklub in Kiew kennengelernt. „Ohne Musik“, steht auf ihrem Instagram-Account, „wäre das Leben ein Fehler.“ Elina ist inzwischen

fast schon am Ziel ihrer Fahrt. Kurz vor dem Ostbahnhof fragen sich einige, ob sie hier aussteigen müssen. Eine Dame gibt zu verstehen, dass der Hauptbahnhof erst noch komme. Weil es diese Unsicherheit öfter gibt, stehen Freiwillige mit gelben Westen am Bahnsteig und halten gelb-blaue Schilder vor die Fenster, darauf steht in Englisch und Ukrainisch: Bitte im Zug bleiben, nächste Station Hauptbahnhof.

Die Kinder in Elinas Abteil schauen gar nicht hin. Sie duellieren sich mit leeren Plastikflaschen. Nach der langen Fahrt gibt es davon hier genug. Eine der Frauen, zu denen die Kinder gehören, beendet das Spiel, sie sollen es nicht übertreiben. Die Frauen haben Kiew erst am Vortag verlassen. Sie sorgen sich um Familienmitglieder, die noch dort sind. Anders als Elina sahen und hörten sie den Krieg, die Bomben und Schüsse. Elina bekam nur einmal mit, wie in der Entfernung Sirenen heulten, das war, als sie Kiew verließ. Ihr bleiben die Erinnerungen erspart, die ihre Sitznachbarninnen in Abteil fünf jetzt mit sich herumtragen.

Um 14,36 Uhr steigt Elina am Berliner Hauptbahnhof aus. Sie nimmt den kleinen orangen Rollkoffer und die Tragetasche und betritt Gleis 13. Im Gewimmel leuchten die gelben Westen der Helfer. Ein Mann mit randloser Brille hält ein Pappschild mit zwei Namen hoch. Er sucht die beiden noch, aber der Junge und die Frau haben ihn schon entdeckt. Sie umarmen sich rasch und eilen aus dem Gedränge. Elina geht nach kurzem Zögern auf einen Helfer zu. Er sagt ihr, wo es zum Aufnahmepunkt geht, dass es da warmes Essen gebe und sie sich registrieren lassen könne, und er warnt sie davor, dass sich unter die redlichen Leute, die Flüchtlinge zu Hause aufnehmen, auch zwielichtige Gestalten mischen. Als Frau würde sie nie einem alleinstehenden Mann zugeteilt, der eine Wohnung anbiete.

Am Fuß der Treppe warten schon Lotsen auf die Flüchtlinge. Eine von ihnen nimmt Elina die Tragetasche ab und begleitet sie. Ob sie Hunger habe, fragt die Lotsin. „Später vielleicht“, sagt Elina und nimmt ein Sandwich entgegen, das ein anderer Freiwilliger ihr reicht. Was sie jetzt dringend braucht, ist Internet. Elina will ihren Eltern schreiben, dass sie gut angekommen ist. Zwischen den Reihen von Biertischen, auf denen Thermoskannen und Verpflegung stehen, steuern die beiden Frauen auf einen Tisch zu, an dem es SIM-Karten gibt. Die bekommt jeder gratis, der den blauen ukrainischen Pass vorweisen kann.

Das Gedränge in Berlin ist groß. Am Samstag zählte die Senatsverwaltung für Integration mehr als 11 000 Kriegsflüchtlinge. Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) mahnte am Sonntag im ZDF mehr bundeswei-

te Unterstützung an. Binnen einer Woche habe es in der Hauptstadt ein „extrem dynamisches Geschehen“ gegeben, sagte sie. „Am Anfang waren es 45 Menschen, die wir untergebracht haben, mittlerweile kommen über Zehntausend am Tag.“ Dies sei eine riesige Herausforderung, die Berlin mit verschiedenen Mitteln zu bewältigen versuche: über die Ankunftszentren für Geflüchtete und Notunterkünfte und Hostels oder Jugendherbergen – „aber natürlich auch mit dem großen privaten Engagement“, sagte Giffey.

Doch komme Berlin auch an seine Grenzen. Deshalb müsse es jetzt „endlich eine bundesweite Organisation und Verteilung“ geben. Denn „in diesen Größenordnungen“ sei die Bewältigung der Situation allein mit den in Berlin vorhandenen Strukturen nicht zu schaffen. Seit Sonntagvormittag werden Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auch in andere Bundesländer gebracht. Voraussetzung dafür sei, dass sie kein festes Ziel in Deutschland haben, ließ die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales am Sonntag wissen. Vom Berliner Hauptbahnhof aus sollten Busse in 13 andere Bundesländer fahren, aber nicht nach Bayern und Hamburg. Das Angebot sei freiwillig.

Zusammen mit der Lotsin geht Elina weiter durch den Eingang einer Halle auf dem Berliner Hauptbahnhof, über dem improvisierte Schilder auf Englisch die Wege zu drei Zielen weisen: Bus, Essen, privat. Hinter einer Absperrung warten Leute, die Flüchtlinge aufnehmen möchten. Eine Frau mit Megafon ruft: „Hat jemand Platz für acht Personen, fünf Erwachsene, drei Kinder?“ Es scheint sich spontan niemand zu finden. Für Elina ist die Suche schneller erfolgreich. Ihre Begleiterin verschwindet kurz und kehrt mit einer jungen Frau mit fliederfarbener Mütze zurück, die sich als Niene vorstellt. Niene, 32 Jahre, leitet beruflich eine Wohngruppe für beeinträchtigte Menschen. „Ich gebe dir meine Telefonnummer, falls wir uns verlieren“, sagt Niene zu Elina.

Es ist laut in der Halle, die Frauen unterhalten sich. „Was studierst du?“, fragt die Lotsin. „Englisch und Deutsch“, sagt Elina. Eigentlich hatte Elina zwei Nächte in einem Hostel gebucht, weil sie mit so rascher Hilfe nicht gerechnet hatte. Seit ihrer Ankunft sind erst 28 Minuten vergangen, und schon ist klar, wo sie fürs Erste schlafen kann. Internet hat sie allerdings immer noch nicht. Also zurück zum Stand. Sie habe alles richtig gemacht, aber es dauere eine halbe Stunde, bis die Karte funktioniert, erklärt jemand. Elinas Eltern müssen noch etwas länger auf eine Nachricht warten.

In der U-Bahn auf dem Weg zu Nienes Wohnung ist es ruhiger. Elinas Blick wandert zur Karte mit dem Liniennetz für Berlin. „Das ist sehr groß, in Kiew ist das sehr klein“, sagt sie mit einem Blick zwischen Begeisterung und Staunen. Sie zeigt Niene auf dem Smartphone, wo in Kiew die Bahnen fahren. Selbst für solche Details hat Elina in dieser Situation noch einen Kopf. Obwohl so viel auf sie einprasselt nach ihrer Ankunft und sie so einen weiten Weg hinter sich hat, strahlt sie alle, die ihr begegnen, an.

Es ist ein schöner Zufall, dass Niene und Elina ausgerechnet an der Haltestelle Samariterstraße aussteigen müssen. Wer wollte da nicht an das biblische Gleichnis von dem Mann denken, der unter die Räuber fiel und links liegen gelassen wurde, ehe jemand hinsah und sich kümmerte. „Das ist der Raum, wo du schläfst, die Couch kannst du ausziehen“, sagt Niene. Zwei Katzen umschleichen Elina neugierig in der stillen Altbauwohnung. „Du wirst viele pinke Sachen sehen“, sagt Niene zwinkernd. Elina wirft einen Blick in die Küche. „Oh, der Kühlschrank ist pink“, sagt sie. Niene macht nicht viele Worte darum, dass sie Elina in ihrem Zuhause aufnimmt. Jeder würde in so einer Situation lieber privat unterkommen, sagt sie. Über die Vergabe der Wohnungen an Privatleute hat Niene sich in einem Telegram-Kanal informiert, der Hauptbahnhof Arrival heißt. Am Freitagabend war sie auch schon am Hauptbahnhof, da hatte sich aber noch nichts ergeben.

Einen Plan, wie es weitergeht, haben weder Niene noch Elina im ersten Moment registriert ist sie noch nicht. So wie ihr scheint es vielen zu gehen. Giffey erinnerte am Sonntag im ZDF daran, dass die Registrierung der Menschen ein wichtiges Thema sei. Im Moment sei nicht bekannt, wie viele Menschen privat untergekommen seien. Es sei aber „sehr wichtig, dass sie registriert werden, damit eben dann auch Hilfeleistung erfolgen kann“. Niene weiß schon, wo sie sich erkundigen will. Aber nach der langen Fahrt gilt am Samstag: „Ankommen ist erst mal wichtiger.“

Und so sitzt Elina auf dem großen weichen Sofa in Nienes Wohnung, eine der Katzen reckt sich auf dem Holzboden. Die andere beobachtet die Szene an einem Samstagnachmittag, der beschaulicher nicht wirken könnte. Es gibt frischen Kaffee. Plötzlich ist der laute Bahnhof sehr weit weg. Elina tippt eine Nachricht in ihr Smartphone. Sie schreibt ihren Eltern, dass sie gut angekommen sei in Berlin und nette Leute getroffen habe. Dann legt sie das Smartphone zur Seite, später will sie sich in Ruhe melden. In diesem Moment, an Tag elf des Kriegs, haben zwei Menschen in der Ukraine etwas Seltenes erlebt. Sie haben eine gute Nachricht erhalten.

Bei einer Veranstaltung auf dem Bebelplatz in der Mitte Berlins haben sich am Sonntagmorgen zahlreiche Schriftsteller, Künstler, Übersetzer und Wissenschaftler aus Deutschland, der Ukraine, Belarus und anderen europäischen Ländern gegen Putins Krieg gewandt. „Die Ukraine verteidigt nicht nur sich selbst, sie verteidigt ganz Europa“, sagte die belarussische Nobelpreisträgerin für Literatur, Swetlana Alexejewitsch, die derzeit im deutschen Exil lebt. Europa erlebe in diesen Tagen die „Geburt eines russischen Faschismus und eines pervertierten russischen Messianismus“, die sich im Krieg Putins gegen die Ukraine zeigten. Schon Stalin habe in den Dreißigerjahren durch eine künstlich erzeugte Hungersnot versucht, die Ukraine auszulöschen, nun versuche Putin das abermals mit dem Mittel des Kriegs.

Von einem „Totalitarismus neuen Typs“, der sich in Putins Regime zeige, sprach der Berliner Osteuropa-Historiker Karl Schlögel. Dem Westen warf er vor, dass er Putin zu lange habe gewähren lassen. „Wir haben zu lange der Chronik eines angekündigten Krieges zugesehen. Es hieß immer, wir sollen Putin nicht dämonisieren“, kritisierte Schlögel eine hierzulande verbreitete Haltung. Die Ukrainer bezahlten nun den Preis dafür, dass die westlichen Demokratien nicht bereit gewesen seien, sich Putin entschieden entgegenzustellen. Doch gehe Putin mit seinem Vorgehen selbst ein hohes Risiko ein. „Es wäre nicht das erste Mal, dass ein verbrecherischer Krieg ein autoritäres Regime zu Fall bringt“, sagte Schlögel.

Es sei moralisch richtig, dass Deutschland der Ukraine mit Waffen helfe, „gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte“, äußerte der zugeschalte britische Historiker Timothy Garton Ash. Er warb dafür, dem Aufbruch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu folgen und die Ukraine zum Beitrittskandidaten der Europäischen Union (EU) zu erklären. „Machen Sie bitte Druck auf die Bundesregierung, dass das beim nächsten EU-Gipfel in Versailles in der kommenden Woche passiert“, sagte der bekannte Historiker. So könne Versailles zu einer Hoffnungsperspektive für eine „belagerte Demokratie“ werden.

Zum Bebelplatz waren weit mehr als tausend Zuhörer gekommen, einige trugen ukrainische Fahnen mit sich. Auf Plakaten wurde „Stopp den Krieg“ gefordert, „Putin nach Den Haag“, „Keine Geschäfte mit Aggressoren“ oder „Schroder auf die Sanktionsliste“. Einige Plakate waren auf Russisch verfasst, etwa „Mütter Russlands, haltet diesen Krieg auf“. Ukrainische Aktivistinnen skandierten „stand with Ukraine“ und „heute wir, morgen ihr“. Sie forderten, wie auch einige Redner, eine Flugverbotszone über der Ukraine. Die Veranstaltung wurde von ukrainischen Musikern begleitet, moderiert wurde sie von dem ehemaligen ARD-Russland-Korrespondenten Tho-



„Die Ukraine verteidigt ganz Europa“: die belarussische Autorin Swetlana Alexejewitsch am Sonntag in Berlin

Foto AFP

Putin den Geldhahn zudrehen

Auf dem Berliner Bebelplatz protestieren Schriftsteller und Wissenschaftler gegen den Krieg.

Von Markus Wehner, Berlin

mas Roth und der Journalistin Gesine Dornblüth.

Putin habe seinen Krieg, „das eigentliche Element des Putinismus“, über Monate vorbereitet, sagte der ukrainische Germanist Yurko Prohasko, der aus dem ukrainischen Lemberg zugeschaltet war. Eine pseudodiplomatische Kulisse habe Moskau nur dazu gedient, den Westen zu verwirren. „Wir haben versäumt, das Offensichtliche zu sehen“, so Prohasko. Dabei habe Putin seit Langem alles Ukrainische als „zu vernichtende Scheinidentität“ dargestellt. Die westlichen Demokratien hätten es an Selbstschutzvermögen und an Lebensinstinkt vermissen lassen.

Westliche Politiker hätten Putin zu lange hofiert, „aus blanker Gier, weil sie Geschäfte machen wollten“, sagte der österreichische Schriftsteller Martin Polack. „Damit muss Schluss sein, das sind wir unseren ukrainischen Freunden schuldig“, forderte er. Ähnlich äußerte sich die ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck, heute im Vorstand der Organisation Zentrum Liberale Moderne. Täglich flössen 700 Millionen Dollar aus dem Westen in „Putins Kriegskasse“. Beck forderte, es dürfe kein Öl und Gas aus Russland mehr importiert werden. „Unsere Aufgabe ist es, den Westen dazu zu bringen, den Geldhahn zudrehen, um Putins Kriegsmaschine Einhalt zu gebieten.“ Putin habe diesen Krieg angekündigt, doch der Westen habe es vorgezogen, wegzusehen. Stattdessen hätten auch die deutschen Medien, etwa in Talkshows im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, immer wieder jenen Protagonisten eine Bühne geboten, die sich als Stimme Putins verstanden hätten.

Beck erinnerte daran, dass der Krieg auch viele Opfer in Russland selbst fordere. Der Druck auf alle, die in Russland mit dem Krieg nicht einverstanden seien, nehme zu. Viele würden festgenommen, von Universitäten verwiesen oder zu Hause von der Polizei aufgesucht. „Die Angst geht um in Russland.“ Der zugeschalte

Liedermacher und frühere DDR-Dissident Wolf Biermann sagte, man müsse die Drohung Putins mit einem Atomkrieg durch-aus ernst nehmen. Daraus folge: „Wenn wir in Europa heute für die Ukraine kämpfen, dann kämpfen wir zugleich für unser eigenes Überleben.“

Auch in zahlreichen anderen deutschen Städten demonstrierten am Wochenende Tausende gegen den Krieg. Auf dem Domplatz in Erfurt waren es mehr als 3000 Demonstranten, im benachbarten Weimar rund tausend. In Hamburg beteiligten sich 30000 Menschen an einer Kundgebung für Solidarität mit der Ukraine, an der folgenden Demonstration rund 22000 Menschen. An einer gemeinsamen Demonstration der Nachbarstädte Mannheim und Ludwigshafen nahmen mehr als 10000 Menschen teil. In Düsseldorf demonstrierten rund 5000 Menschen gegen den Krieg. In München bildeten Demonstranten eine Menschenkette zwischen dem ukrainischen und dem russischen Konsulat.

Gegen den Krieg wandten sich auch viele Tausende Bürger in zahlreichen europäischen Städten. Nach Angaben des französischen Innenministeriums demonstrierten am Samstag landesweit etwa 42000 Menschen. In Zürich versammelten sich unter dem Motto „Frieden jetzt“ mehr als 40000 Teilnehmer.

Tausende Festnahmen bei Protesten in Russland

Bürgerrechtsschützer: Mehr als 10000 Festnahmen seit Kriegsbeginn / Gewalt gegen Demonstranten

Bei Protesten gegen den Krieg in der Ukraine sind am Sonntag Tausende Demonstranten in ganz Russland festgenommen worden. Bürgerrechtsschützer von OVD-Info sprachen von mehr als 4500 Festnahmen. Im Zentrum der Hauptstadt Moskau hatten sich Sicherheitskräfte am Mittag mit einem Großaufgebot in Stellung gebracht. Auf dem Manegenplatz am Kreml und in umliegenden Straßen begannen massenhafte Festnahmen unter den dort versammelten Personen. Anschließend wurden auch anwesende Journalisten vom Manegenplatz vertrieben und der Platz weitgehend abgeriegelt. Der Marsch durch die Hauptstadt ging jedoch unter „Nein zum Krieg“-Rufen weiter.

Neben den Protesten fand in Moskau am Sonntag auch eine Kundgebung von Unterstützern der „militärischen Spezialoperation“ Russlands in der Ukraine statt: Ein Autokorso zog mit russischen Flaggen durch die Innenstadt, die Fahrzeuge teilweise mit dem „Z“ beklebt, das auch russische Militärfahrzeuge in der Ukraine kennzeichnet. Proteste gegen den Krieg wurden derweil auch aus vielen anderen russischen Städten gemeldet, darunter

Sankt Petersburg, Krasnojarsk, Irkutsk, Archangelsk, Nischnij Nowgorod und Nowosibirsk. Aus allen Städten gab es Berichte über Festnahmen, darunter auch Journalisten. Auch in Nowosibirsk wurden laut örtlichen Medien mehr als 230 Menschen festgenommen. Aufnahmen zeigten einen Protestzug mit Dutzenden Demonstranten, die „Nein zum Krieg“ skandierten. Auf einem Video aus Jekaterinburg prügeln Polizisten mit Schlagstöcken auf einen Demonstranten ein, in Sankt Petersburg setzten Sicherheitskräfte Elektroschocker gegen die Demonstranten ein. Dort und in Archangelsk zeigten Bilder Kinder unter den Festgenommenen.

Schon in den vergangenen Tagen waren russische Sicherheitskräfte heftig gegen Demonstranten vorgegangen, die sich gegen den Krieg ausgesprochen hatten, der in Russland offiziell nicht als solcher gilt. OVD-Info meldete am Sonntagmorgen, bei Anti-Kriegs-Protesten habe es seit Kriegsbeginn am 24. Februar in Russland mehr als 10000 Festnahmen gegeben; die genaue Zahl stieg stündlich.

Folgen der russischen Zensur

Viele Medien setzen Berichterstattung aus

Viele deutsche und internationale Medien setzen ihre Berichterstattung aus Russland vorläufig aus, darunter ARD, ZDF, das Deutschlandradio, der amerikanische Sender CNN, die britische BBC, der kanadische Sender CBC sowie die Nachrichtenagentur Bloomberg. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte am Freitagabend mehrere Gesetze zur weiteren Einschränkung der freien Meinungsäußerung in Russland unterzeichnet, mit denen unabhängige Medienberichterstattung weiter beschnitten wird. Bis zu 15 Jahre Haft drohen demnach für die Verbreitung von angeblichen „Falschinformationen“ über die russischen Streitkräfte. Strafen drohen auch jenen, die öffentlich die Armee „verunglimpfen“.

Auch mehrere russische Sender stellten in Reaktion auf das Mediengesetz ihre Arbeit ein, darunter der Radiosender Echo Moskwa und das unabhängige Nachrichtenportal Znak. Die „Nowaja Gaseta“, deren Chefredakteur Dmitrij Muratow 2021 mit dem Friedensnobel-

preis ausgezeichnet wurde, kündigte an, ab sofort keine Nachrichten mehr über den Krieg in der Ukraine zu verbreiten. Jegliche Informationen zum Krieg entfernte auch das Moskauer Carnegie Center von seiner Internetseite. Das Auswärtige Amt riet am Wochenende allen Deutschen in Russland auch bei privaten Äußerungen in Onlinenetzwerken zu besonderer Vorsicht. In den Reise- und Sicherheitshinweisen ist die Rede von „unberechenbaren persönlichen Risiken“. Es werde zu äußerster Zurückhaltung oder zur Ausreise geraten.

Russland geht auch gegen die sozialen Netzwerke vor. Nach Facebook am Freitag wurde am Wochenende auch Twitter in Russland blockiert. Die amerikanischen Konzerne waren schon mehrfach zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie krenkritisches Informationen nach Aufforderung der russischen Behörden nicht gelöscht hatten. Viele Russen informieren sich über die sozialen Netzwerke über den Krieg Russlands gegen die Ukraine. F.A.Z.

„Der Exodus wird noch größer werden“

Die Republik Moldau bittet um Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine / Von Michael Martens, Chişinău

Am Sonntag musste das diplomatische Korps der EU-Staaten in der Republik Moldau zu einem Notensatz ausrücken. Auf Bitten der moldauischen Regierung legten die in Chişinău akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter sowie der Leiter der EU-Delegation eine Art Treuebekenntnis ab: Man werde Moldau nicht im Stich lassen, lautete die Kernbotschaft sinngemäß. Die Nachricht wurde auf Video aufgenommen, damit sie im Internet verbreitet werden kann. Der Hintergrund ist ein Gerücht, das dieser Tage auf dem in Moldau besonders populären russischen Netzwerk „Telegram“, aber auch auf anderen Kanälen die Runde macht. „Telegram“ wird insbesondere (aber nicht nur) von jüngeren Menschen in Moldau als zentrale Informationsquelle genutzt. Laut dem Gerücht planen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ihre Botschaften in Chişinău zu schließen und das Personal aus dem Land abziehen. Dies sei jedoch nicht der Fall, versicherten die Diplomaten: „Es gibt Gerüchte, dass wir das Land verlassen und euch in einem Augenblick der Not im Stich lassen. Das ist ein verwerflicher Versuch, Panik und Angst unter den moldauischen Bürgern zu verbreiten.“ Man befinde sich in einem Krieg – auch in ei-

nem Nachrichtenkrieg. Zutreffend sei: „Wir sind entschlossener als je zuvor, effizient und hilfreich zu sein. In den vergangenen Tagen ist der Republik Moldau kontinuierlich finanzielle und humanitäre Unterstützung durch die EU und ihre Mitgliedstaaten zugekommen.“ Es sei nun wichtiger denn je, in Moldau zu sein und sicherzustellen, dass die Hilfe möglichst rasch Menschen in Not erreiche. Die Europäische Union stehe aufseiten der Ukraine und sei ebenso mit der Republik Moldau und ihrer Bevölkerung.

Moldau, ein Staat von etwa zweieinhalb Millionen Einwohnern, ist das kleinste und wirtschaftlich schwächste Nachbarland der Ukraine, hat aber nach Angaben der Regierung in Chişinău, gemessen an der eigenen Bevölkerungszahl, mehr Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen als jeder andere Staat einschließlich Polens. Die moldauische Innenministerin Ana Revenco sagte der F.A.Z. dazu am Sonntag: „Dieser Krieg hat uns alle destabilisiert. Die Tragödie überwältigt uns, und die Zahl jener, die vor dem Krieg fliehen, ist, gemessen an unserer operativen Kapazität, riesig.“ Derzeit sei es durch die Empathie der Bevölkerung gelungen, viele Freiwillige zu mobilisieren und so „einen Exodus

von 270 000 Menschen“ zu bewältigen. Doch gerate das Land an die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit, so die Ministerin. Die hohe Zahl an Flüchtlingen stelle das Innenministerium und den Grenzschutz vor große Anforderungen. „Alle Behörden spüren den Druck, ebenso wie die Bevölkerung ihn spürt.“

Längst nicht alle Menschen, die über die verschiedenen Grenzübergänge zur Ukraine nach Moldau einreisen, bleiben in dem Land. Ein Großteil reist am gleichen Tag oder nach einem kurzen Zwischenaufenthalt in den benachbarten EU-Staat Rumänien oder zu anderen Zielen weiter. Doch nach Angaben der Ministerin macht die Zahl der Geflüchteten, die im Land bleibt, schon etwa drei Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Zwar sei die Regierung weiterhin in der Lage, „den Flüchtlingsstrom verantwortungsvoll zu bewältigen – aber zusätzlich hat das Innenministerium auch eine Verpflichtung, ein hohes Niveau der öffentlichen Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, damit wir die Kapazität haben, um für die Souveränität und territoriale Integrität der Republik Moldau einzutreten“.

Hinter dieser etwas umständlichen Formulierung der Ministerin, die sie

nicht näher ausführen wollte, steht offenkundig die in Chişinău dieser Tage oft zu hörende Sorge, der Krieg in der Ukraine könne auf das eigene Land übergreifen. Das muss nicht zwangsläufig in Form einer Besetzung des ganzen Landes durch russische Truppen geschehen. Am häufigsten ist die Befürchtung zu hören, Putins Truppen könnten, sollte die Einnahme der Hafenstadt Odessa oder von deren Ruinen gelingen, von dort aus nordwärts marschieren und die von der Republik Moldau abtrünnige Region Transnistrien besetzen. Dieser schmale Landstrich ist durchaus prorusisch gestimmt und wird maßgeblich aus Moskau finanziert. Allerdings haben lokale Machthaber und Geschäftsmacher dort in den vergangenen Jahren immer wieder eine partielle Eigenständigkeit an den Tag gelegt, die dem Kreml nicht gefallen kann. Die Republik Moldau, die einem russischen Angriff militärisch nichts entgegenzusetzen hätte, ist laut Verfassung neutral und strebt keinen NATO-Beitritt an.

Die derzeitige Staatsführung um Präsidentin Maia Sandu versucht aber, das Land in die EU heranzuführen. Sandu hat in der vergangenen Woche sogar einen (nach derzeitigem Stand der Dinge

aussichtslosen) Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt.

Derzeit benötigt die Regierung aber vor allem kurzfristige Hilfe. „Um so effektiv wie möglich zu handeln, versuchen wir, die Unterstützung aller Partner zu erhalten. Hilfe für Flüchtlinge trifft mittlerweile ein, und mit dem, was wir haben, können wir das Nötigste bereitstellen – aber es ist schwierig, mit so einem intensiven Zustrom fertig zu werden“, kommentierte Innenministerin Revenco die Lage.

Als Beispiel für wirksame Unterstützung führte sie die Kooperation mit Rumänien an. Man habe gemeinsame „Flüchtlingskorridore“ geschaffen, damit Durchreisende schneller an ihr Ziel gelangen könnten. In der Republik Moldau selbst habe die Regierung bisher drei Übergangslager eingerichtet, „damit die Menschen einen Ort haben, um sich ausruhen und ein Stück Brot, heißen Tee und andere Dinge bekommen zu können, die nötig sind, um die eigene Würde als Mensch zu bewahren“. Es gebe zwar eine wachsende Zahl an Freiwilligen, die bei der Versorgung helfen, doch wachse auch die Zahl der Flüchtlinge. „Und die Dynamik zeigt, dass der Exodus sogar noch größer werden wird.“ Die Regierung öff-

net daher seit Tagen immer wieder den eigentlich geschlossenen Luftraum für Flüge, die humanitäre Hilfe ins Land bringen. Dies gilt laut der Innenministerin auch für Fälle, in denen Geflüchtete in andere aufnahmebereite Länder ausgeflogen werden. „Diese Luftbrücken beginnen zu funktionieren, und wir stehen in ständigem Kontakt mit den akkreditierten Botschaften in Chişinău, damit wir so viele Menschen wie möglich in kürzester Zeit an die Orte bringen können, die sie erreichen möchten.“ Die Angaben zur Zahl der Flüchtlinge in Moldau variieren je nach Quelle. Der moldauische Außenminister Nicu Popescu teilte am Sonntag mit, derzeit hielten sich 96 000 ukrainische Bürger im Land auf, darunter 40 000 Minderjährige. Laut Staatspräsidentin Sandu sind es 30 000 Minderjährige.

Die Rolle Moldaus in der Flüchtlingskrise war auch ein Thema von Sandus Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Antony Blinken, der am Samstag in Chişinău eingetroffen war. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock wird im Anschluss an eine Balkanreise am Freitag oder Samstag ebenfalls in der moldauischen Hauptstadt erwartet.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung

Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTUREN: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Philip Eppelshelm (stv.), Tatjana Heid (stv.), Mona Jaeger (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Sandra Kegel, Dr. Matthias Alexander (stv.), Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plathaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt (verantwortlich), Marie Lisa Kehler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolz; Der Betriebswirt: Mark Fehr; Der Volkswirt: Tillmann Neuscheler; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Digitac: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker;

Kunstmarkt: Ursula Scheer; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Dr. Sibylle Anderl und Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Reich und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Henner Flohr; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung/Informationsgrafik:** Holger Windfuhr (Art Director), Benjamin Boch (Stv. Grafische Gestaltung), **Informationsgrafik:** Andre Piron.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippsen (verantwortlicher Redakteur), Kai N. Pritzsche (Redaktionsleiter), Stefanie Michels (Social Media), Robert Wenkemann (Art Director), Andreas Krobob (Audio/Video), Sönke Sievers (Multimedia Ausgabe), Felix Hooß (Paywall).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Stefan Buhr, Nico Wilfer.

ANZEIGEN: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Mauker, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2-4, 10117 Berlin, www.republic.de. Anzeigenpreisliste Nr. 82 vom 1. Januar 2022 an.

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 72,90 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 79,90 €. Abonnenten

der gedruckten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 10,00 € die digitalen Ausgaben der F.A.Z. und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (F+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser und Studierende, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abo.faz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCK: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslicenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Antilches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (0 69) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-80 89 20; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Pandemie, Krieg und Propaganda

FRANKFURT. Am vorvergangenen Wochenende demonstrierten 2500 Menschen im niedersächsischen Gifhorn gegen die Corona-Maßnahmen. Bodo Schiffmann war per Video über eine große Leinwand zugeschaltet, er ist eine der führenden Figuren der Corona-Leugnerszene in Deutschland. Schiffmann sprach aber nicht nur über Corona, er kam auch auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu sprechen: „Hier muss man den Notwehrparagrafen heranziehen, hier hat ein Führer eines Landes einen Befreiungsschlag ausgeführt.“ Während sich in der Ukraine Zivilisten vor Bomben versteckten, applaudierten die Zuhörer Schiffmann. Auf dessen Telegram-Kanal, dem mehr als 167 000 Accounts folgen, lief danach im Livestream RT Deutsch, der Propagandasender des Kremls.

Es ist nicht überraschend, dass die russische Propaganda zum Krieg in der Ukraine auch bei Corona-Leugnern in Deutschland gut ankommt. RT Deutsch war vor der Bundestagswahl laut einer Auswertung des Centers für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) das zweitmeistgeteilte „Alternativmedium“ in verschwörungsideologischen Telegram-Kanälen. Im September hatte Youtube den deutschen Kanal RT DE wegen des Verbreitens von Falschinformationen zur Corona-Krise gesperrt, danach gewann der Kanal auf Telegram schnell Zehntausende Follower. Die Inhalte werden zudem in den Kanälen der Corona-Leugner verbreitet.

Diese Entwicklung gibt es aber nicht erst seit der Corona-Pandemie. Josef Holnburger, Geschäftsführer bei CeMAS, sagt: „Der Einfluss von RT auf Verschwörungsgläubige in Deutschland ist weit über die Pandemie hinaus relevant – spätestens seit 2014 in Deutschland Montagsmahnwachen für den Frieden im Zuge des damaligen Kriegs in der Ukraine gehalten wurden.“ RT Deutsch habe sich damals als Plattform für Verschwörungsgläubige in Deutschland etabliert. Da die Szene sehr NATO-kritisch sei, hätten viele Führungsfiguren wie zum Beispiel Ken Jebsen schon lange Partei für den russischen Präsidenten Wladimir Putin ergriffen. Auch bis kurz vor dem Angriff der Russen auf die Ukraine sei die NATO



Verreint: Impfgegner und Putin-Versteher in Schwerin
Foto: dpa

in den einschlägigen Telegram-Kanälen als Kriegstreiber in dem Konflikt dargestellt worden. „Mit dem Tag des Einmarschs hat sich das Narrativ dann verändert“, sagt Holnburger. „Dann hieß es: Eine Entnazifizierung der Ukraine sei notwendig, Putin könne gar nicht anders, als anzugreifen.“

Eine Besonderheit ist bei einem anderen wichtigen Stichwortgeber der Corona-Leugner zu beobachten: Boris Reitschuster wurde während der Pandemie zum Star der Szene, nimmt aber jetzt eine kritische Position zu Putin ein – und hat dadurch schon Tausende Abonnenten verloren. Schiffmann schrieb auf seinem Kanal: „So einige Berichte der letzten Tage lassen mich daran zweifeln, dass hier derselbe Boris Reitschuster Artikel verfasst oder unter seinem Namen mitveröffentlichten lässt, der bisher die Berichte gemacht hat.“ Der Kriegstreiber sei die NATO. Putins Fehler sei es höchstens gewesen, dass er viel zu lange zugeschaut habe. Seine Anhänger rief Schiffmann dazu auf, Deutschland zu verlassen, er selbst lebt seit längerer Zeit in Afrika.

Es gibt auch Corona-Leugner, die einen direkten Zusammenhang zwischen der Pandemie und dem Ukrainekrieg sehen. Holnburger sagt: „Manche behaupten, dass mit dem Krieg von angeblichen Impfschäden abgelenkt werden soll.“ Andere zweifeln dagegen gleich die Echtheit des Kriegs an. Grundsätzlich hätten Verschwörungsgläubige kein Problem damit, an mehrere widersprüchliche Narrative zu glauben, sagt Holnburger. „Im einem Moment heißt es, dass es keinen Krieg gibt, im nächsten ist es dann gut, dass es den Krieg gibt.“ Sehr gespalten sei die extreme Rechte – auch weil es Rechtsextreme gebe, die die Ukraine verteidigten. Die NPD ist gegen den Einmarsch Putins in der Ukraine. Die rechtsextreme Gruppierung „Freie Sachsen“ ist dafür und will am liebsten eine Volksrepublik Sachsen aufmachen – in der Hoffnung, dann von Putin anerkannt zu werden. SEBASTIAN EDER



An der Seite der Ukraine: Auch Malik Harris, der Gewinner des Vorentscheids, zeigte sich solidarisch mit den Kriegsoffern.
Foto: AFP

Nur ein Junge mit Gitarre

Malik Harris gewinnt den Vorentscheid. Um beim Eurovision Song Contest zu bestehen, muss er sich steigern.

Von Peter-Philipp Schmitt, Frankfurt

Der Höhepunkt des Abends? Jamala! Die ukrainische Künstlerin, die wie so viele ihrer Landsleute ihre Heimat fluchtartig mit ihren zwei kleinen Kindern verlassen musste. Sie ließ am 24. Februar, als die russische Armee morgens Kiew angriff, fast alles zurück. Vier Tage fuhr die Gewinnerin des Eurovision Song Contest (ESC) aus dem Jahr 2016 in einem Auto gen Westen. Am Freitagabend stand sie dann beim deutschen Vorentscheid, der in diesem Jahr mehr als großspurig „Germany 12 points“ heißt, auf der Bühne.

Der Krieg und die Solidarität mit den Menschen waren den Abend über allgegenwärtig. Selbst Malik Harris, der nach seinem Sieg nur daran denken konnte, dass er dringend pinkeln musste, hatte auf seiner Gitarre den blau-gelben Schriftzug „I Stand With Ukraine“ stehen. Er war der Erste, der auf die Bühne musste, und am Ende war er, unter den möglichen Kandidaten, vielleicht auch der verdiente Sieger mit seiner englischsprachigen Ballade „Rockstars“, die eine Art Abschied von seiner Kindheit und Jugend sein soll.

Der Vierundzwanzigjährige, der in der Nähe von Landsberg am Lech aufgewachsen ist, begann mit 13 Jahren Gitarre zu spielen. Schon seine Großmutter war Pianistin, der Großvater Opernsänger. Malik Harris, der Sohn des früheren Fernsehmoderators Ricky Harris, unterschrieb seinen ersten Plattenvertrag vor drei Jahren. Im Mai, wenn das ESC-Finale in Turin stattfindet, wollte er eigentlich auf seine erste Solo-Konzerttour gehen, war als Opening Act für James Blunt und Tim Odell eingeplant. Das könnte nun vielleicht nicht klappt. Ein eher unwahrscheinliches Vielleicht, denn auch wenn „Rockstars“ ein ansprechendes Lied ist, eine Mischung aus Pop und Rap, ein Funke wollte bei seinem Auftritt nicht überspringen.

Auch die anderen fünf Kandidaten waren mehr bemüht als überzeugend. Neben Malik Harris traten noch das Kolbenzer Duo Mael & Jonas mit „I Swear To God“, Eros Atomus mit „Alive“, Emily Roberts mit „Soap“, Felicia Lu mit „Anxiety“ und Nico Suave & Team Liebe mit „Hallo Welt“ an, um Deutschland beim Finale in Turin zu vertreten. Beim ESC geht es bekanntermaßen um absolute Perfektion. Eine gute Stimme reicht bei Weitem nicht. Gute Stimmen gibt es zuhauf. Es geht um viel mehr, das Gesamtpaket auf der Bühne muss bis ins kleinste Detail stimmig sein.

Man sah die Unzufriedenheit den leicht gequälten Gesichtern der Gäste auf der Couch an. Thomas Hermanns zum Beispiel, der früher selbst deutsche Vorentscheide moderiert hatte, fand die Kandidaten als Fazit einfach nett. Es war das höchste der Gefühle, was Hermanns herausbrachte. Und nett ist als Kompliment eine ziemliche Katastrophe. Jane Comerford, die 2006 mit Texas Lightning und ihrem Ohrwurm „No No Never“ für Deutschland

am ESC teilgenommen hatte, nannte die Sänger authentisch. Richtig begeistert aber war keiner von diesen sechs Kandidaten.

Ganz anders beim Höhepunkt des Abends, als Jamala ihre Antikriegsballade „1944“ sang. Das war fast schon herzzerreißend und zutiefst bewegend, und natürlich standen alle zum Schluss auf und applaudierten, und einige wischten sich Tränen aus den Augen. Auch weil „1944“ so brandaktuell ist: Wieder sind Fremde in die Ukraine eingedrungen, die dort Menschen umbringen, und wieder behaupten die Fremden, sie träfe keine Schuld. So war es 1944 auf der Krim, als Josef Stalin die Krimtataren, unter ihnen Jamalas Urgroßeltern, deportieren ließ – davon handelt Jamalas Lied. So war es 2014, als Wladimir Putin die Krim annektieren ließ und seither Krieg im Osten des Landes führte, und so ist es auch jetzt wieder. „Mein größter Wunsch ist, dass der Krieg aufhört“, sagte Jamala. Und dass sie heute für die Kinder und Frauen singe. Viel mehr könne sie nicht tun, als zu singen. „Ich werde alles tun, dass die Welt mich hört, denn so darf es nicht sein.“ Es war kein fröhlicher Abend, konnte es nicht sein, was es für alle Teilnehmer nicht eben leicht machte.

Abgesehen davon ist das Ergebnis aber ein weiteres Mal unbefriedigend. Malik Harris hat, wenn er sich nicht noch gewaltig steigert, kaum Chancen auf eine gute Platzierung in Turin. Immerhin durfte er sich über viel Zustimmung freuen. Das Ergebnis seiner Wahl war ziemlich eindeutig. Über die Beiträge wurde schon seit dem 28. Februar online abgestimmt, über die neun ARD-Popwellen. Deren Hörer waren sich nahezu einig: Sie wählten Mael & Jonas auf Platz eins, gefolgt von Malik Harris, Felicia Lu, Nico Suave & Team Liebe, Eros Atomus und Emily Roberts. Das aber

waren nur 50 Prozent der gewerteten Stimmen, denn auch die Zuschauer des Vorentscheids konnten sich natürlich noch beteiligen. Und so zog Malik Harris mit 118 Punkten am Ende noch klar am Duo Mael & Jonas vorbei, das in der Zuschauerumfrage auf 79 Punkte kam. Ob das Ergebnis Malik Harris beflügelt, wird sich zeigen.

Seit Lena 2010 den ESC gewonnen hat, ging fast alles schief aus deutscher Sicht. Was viel auch schon mit der Auswahl der Künstler zu tun hat. Die beiden sehr erfolgreichen ESC-Nationen Italien und Schweden setzen seit jeher auf sehr beliebte Formate, das Sanremo-Festival und das Melodifestivalen, die nicht nur in den eigenen Ländern große Beachtung finden, sondern auch weit über die jeweiligen Landesgrenzen hinaus. Deutschland hingegen findet seit Jahren kein schlüssiges Konzept. Fast jedes Jahr werden die Auswahlkriterien geändert, was auch einer gewissen Verzweiflung geschuldet ist und zu viel Unverständnis und Unlust beim Publikum führt. Irgendwie dürfen die Zuschauer am Ende zwar meist auch mit abstimmen, aber wie genau die Kandidaten zuvor gefunden wurden, erschließt sich selbst eingeleichteten ESC-Fans nicht immer.

Malik Harris mag fürs heimische Publikum – immerhin rund 4,3 Millionen Zuschauer verfolgten den Vorentscheid im Ersten, den dritten Programm und dem Kanal One – eine angemessene und akzeptable Wahl sein, große Chancen aber hat er mit seinem wenn überhaupt durchschnittlichen und leider auch am Freitagabend mit wenig Leidenschaft vorgetragenen Lied „Rockstars“ derzeit nicht. Schon gar nicht, wenn es dem NDR nicht gelingt, ihm Gehör über Deutschlands Grenzen hinaus zu verschaffen – und das am besten schon vor der Endrunde in Turin.

„Die kann ich nicht alleinlassen“

Wie der Bochumer Kurator und Galerist Roman Zheleznyak der Ukraine hilft. Von Georg Imdahl, Bochum

Es ist nicht das große Geld, das an der Castropoer Straße, vor den Toren des Ruhrstadions, zusammenkommt, wenn dort der VIL Bochum spielt. Aber auch die kleinen Beträge summieren sich. Unlängst waren 1880 Euro im Sammelbecher. Aus der Fanszene des Fußballvereins ist die frisch gegründete Initiative „Ukraine Support Bochum“ hervorgegangen, auch das einprägsame Logo mit den Händen, die ineinander greifen, und dem Förderturm, Symbol des Deutschen Bergbaumuseums, stammt von Anhängern, die mit Vereinen aus anderen Ländern vernetzt sind, so auch mit dem Club Schachtjor Donezk in der Partnerstadt Bochums.

Den Draht ins Kriegsgebiet, die „Standleitung“, wie er sie nennt, hält Roman Zheleznyak, Betreiber des Kunstraums „mental space“ in Bochum. Der Kurator und Galerist, der an der Düsseldorfer Kunstakademie studiert hat, kennt die Fans von Graffitiaktivitäten in der Stadt, sein Ausstellungsprogramm nennt er „zeitgenössisch und mutig“, weil es sich eher schwierig verkaufen lässt. In den vergangenen Tagen und bis auf Weiteres hat sich der gebürtige Ukrainer des Jahrgangs 1985 ohnehin anderen Aufgaben verschrieben.

Von Bochum aus will der Vater von zwei Kindern gemeinsam mit seiner Ehefrau, der Philologin Tetiana Zheleznyak, und weiteren knapp 20 Mitstreitern seinen Landsleuten, so gut es eben geht, zur Seite stehen. Als Erstes habe man ein Konto angelegt, auf dem nach wenigen Tagen mehrere Tausend Euro eingegangen sind. Es seien nur kleine Beträge bis 50 Euro pro Person, „notfalls mehrfach“. Zheleznyak

mögliche Unterkünfte von Geflüchteten in Bochum etwa, wo er seit 1999 lebt. Davor war er mit seinen Eltern über das Auffanglager Unna-Massen ins Ruhrgebiet gelangt. Es gebe schon viele Portale für Wohnraum im Internet, er aber wolle es möglichst von persönlichen Bekannten, Studenten, Wohngemeinschaften anbieten: „Wenn eine Mutter mit dreijährigem Kind kommt, dann schaue ich in meine Liste und kann sie in eine Familie mit Kind vermitteln.“ So könne man Menschen konkret helfen, nach der Flucht „erst mal durchzuatmen“.

Auf den Listen stehen aber auch Dinge, die „tatsächlich Leben retten“ könnten: Funkgeräte, SD-Karten und Laptops, Drohnen, Militärstiefel, Mullbinden und Verbandskästen aus dem Auto, die hierzulande ohnehin alle zwei Jahre gegen neue ausgetauscht werden müssten. Auch um kugelsichere Schutzwesten bemüht sich „Ukraine Support Bochum“, sie kosten neu bis zu 600 Euro: „Das sammeln nämlich nur wenige Organisationen“, sagt Zheleznyak, „und das ist genau das, was fehlt.“ Der Krieg könne noch lange dauern. Für den Transport bekomme er die Telefonnummer eines Mittelsmanns in Polen, dem er die Güter schicken könne: „Ihm muss ich einen Code bestätigen und sagen, wer mir die Nummer gegeben hat. Dann wird dafür gesorgt, dass die Dinge von der polnischen Grenze abgeholt werden und an die Menschen gelangen, für die sie bestimmt sind.“

Wäre nicht eine Kapitulation die am ehesten lebensrettende Maßnahme? „Ja, aber das entspricht überhaupt nicht dem Volksgeist, wenn man dieses Wort überhaupt noch gebrauchen darf, es passt nicht



Er will Leben retten: Galerist Roman Zheleznyak aus Bochum
Foto: Patrick Junker

Todesstrafe für Zarnajew bestätigt

AFP. WASHINGTON. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat das Todesurteil gegen den Attentäter vom Bostoner Marathonlauf 2013 wieder in Kraft gesetzt. Die Richter kippten am Freitag in Washington mit einer Mehrheit von sechs zu drei Stimmen die vorherige Aufhebung des Todesurteils gegen Dschochar Zarnajew durch ein Berufungsgericht. Sie erklärten, der Achtundzwanzigjährige habe vor seiner Verurteilung einen fairen Prozess bekommen.

„Dschochar Zarnajew hat abscheuliche Verbrechen begangen“, schrieb der konservative Richter Clarence Thomas in der Urteilsbegründung. „Der sechste Zusatzartikel zur Verfassung hat ihm nichtsdestoweniger einen fairen Prozess vor einer unvoreingenommenen Jury garantiert. Er hat ihn bekommen.“ Die drei Richter des liberalen Flügels widersprachen dieser Auffassung aber.

Zarnajew war im Mai 2015 wegen des Anschlags mit drei Toten und 264 Verletzten zum Tode und zugleich zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Ein Bundesberufungsgericht hob das Todesurteil im Juli 2020 auf. Die Berufungsrichter haben der Verteidigung unter anderem in dem Punkt recht, dass das Auswahlverfahren der Geschworenen fehlerhaft gewesen sei, weil eine Frage zu den Vorkenntnissen der Geschworenen zu dem Fall gestrichen worden war. Die Berufungsrichter bemängelten außerdem, dass in dem Prozess ein 2011 mutmaßlich unter Beteiligung von Zarnajews älterem Bruder Tamerlan begangener Dreifachmord nicht erwähnt werden durfte. Zarnajews Anwälte hatten damit zeigen wollen, dass der zum Zeitpunkt des Anschlags 19 Jahre alte Student tschetschenischer Herkunft unter dem Einfluss seines gewalttätigen größeren Bruders stand. Die beiden hatten den Anschlag gemeinsam verübt, Tamerlan wurde von der Polizei erschossen.

Der Supreme Court wies die Argumente nun aber zurück. Die Auswahl der Geschworenen sei korrekt verlaufen. Tamerlan Zarnajews mutmaßliche Beteiligung an einem früheren Dreifachmord habe zudem keinerlei Beweiskraft für das Verfahren über den Boston-Anschlag gehabt und hätte die Geschworenen lediglich „verwirrt“. Der Gerichtshof setzte damit das Todesurteil gegen Dschochar Zarnajew wieder in Kraft.

Die Regierung von Präsident Joe Biden hat allerdings ein Moratorium beschlossen. Todesurteile gegen von Bundesgerichten verurteilte Straftäter werden deswegen nicht vollstreckt.

Kurze Meldungen

Neuer Nationalpark

Ein riesiger neuer Nationalpark in Chile soll Hunderte Gletscher in den Anden vor den Folgen des Klimawandels schützen. Der nationale Gletscherpark werde 75 000 Hektar Land umfassen, sagte der chilenische Präsident Sebastian Piñera am Samstag bei der Ankündigung des Projekts. Damit schaffe Chile es, 368 Gletscher zu schützen. „Die Gletscher enthalten 32-mal so viel Wasser wie der El Yeso“, sagte Piñera mit Blick auf einen großen Stausee, der die Bevölkerung der Hauptstadt Santiago de Chile mit Wasser versorgt. Die Gründung des Parks sei ein „grundlegender Schritt, den unser Land unternimmt, um der Zerstörung der Natur den Kampf anzusagen“. Die Universität von Chile hatte kürzlich eine Studie veröffentlicht, die vor der Schmelze der Gletscher des Landes warnte. Chile gehört neben Kanada, den Vereinigten Staaten, Russland und China zu den zehn Ländern mit der höchsten Gletscher-masse auf der Welt. AFP

Neue Tierarten

Niesende Stumpfnasennaffen, Geckos, Muscheln: Binnen zehn Jahren haben Forscher in Myanmar gut 100 neue Tierarten entdeckt. Dies sei ein Beweis für die „erstaunliche“ Artenvielfalt des Landes, erklärte die Organisation Fauna and Flora International (FFI). Die „un glaubliche Reihe von Entdeckungen“ habe 2010 mit dem Rhinopithecus strykeri begonnen, einem kleinen schwarzen Primaten, der auch als niesender Stumpfnasenneffe bekannt sei. Laut Angaben von Einheimischen ist der niesende Stumpfnasenneffe leicht zu finden, vor allem an Regentagen: Dann sammle sich das Regenwasser in seiner flachen Stupsnase, wodurch das Tier ständig Niesen müsse. Die Liste neuer Tierarten enthält zudem eine höhlenbewohnende Krabbe, eine fleischfressende Schnecke und 17 Arten von Süßwassermuscheln. Die Wissenschaftler fanden außerdem 37 verschiedene Geckoarten, die sehr versteckt im Osten des Landes leben, etwa auf Hügeln oder in Höhlen. AFP



Vernachlässigt

Von Mona Jaeger

So eine Zeitenwende fordert und überfordert. Vor allem, wenn sie die Bundeswehr betrifft, die über Jahre in Ausstattung und Anerkennung vernachlässigt wurde. Das von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ist ein starkes Versprechen. Vor der Beschaffung – mühsam genug – steht die Debatte, was denn die Truppe eigentlich braucht und bekommen soll. Und das sind zwei verschiedene Dinge. Die CSU schießt über das Ziel hinaus, wenn sie für Deutschland gleich einen „Iron Dome für Berlin“ fordert. Das macht es den Rüstungsskeptischen in der SPD und unter den Grünen nur allzu leicht, das gesamte Paket abzulehnen und sich vor den eigentlich wichtigen Fragen zu drücken, etwa: Schafft die Bundesregierung bewaffnete Drohnen an?

In Friedenszeiten konnte sich mancher Abgeordneter sein Misstrauen gegenüber der eigenen Regierung noch leisten. Spätestens jetzt sollte jedem klar sein, dass Putin derjenige ist, dem alles Böse zuzutrauen ist. Man kann nur hoffen, dass Verteidigungsministerin Christine Lambrecht unter besserer „persönlicher Ausrüstung“ der Soldaten nicht nur Socken und lange Unterhosen meint. Was sich hingegen auch nicht mit 100 Milliarden Euro kaufen lässt, sind Akzeptanz und Anerkennung. Bis vor Kurzem empfanden es manche Bahnfahrer noch als Zumutung, wenn neben ihnen im Abteil eine kostenlos mitfahrende Soldatin in Uniform saß.

Null Toleranz?

Von Thomas Jansen

Eine „Null-Toleranz-Strategie“ hat Papst Franziskus nach seinem Amtsantritt angekündigt und seither unzählige Male wortreich beschworen: Katholische Priester, die sexuelle Missbrauch begehen, sollten unanfällig zur Rechenschaft gezogen werden, es sollte Schluss sein mit dem Vertuschen. Was diese päpstlichen Worte wert sind, wenn es um Freunde und Bekannte von Franziskus geht, zeigt der Fall des argentinischen Geistlichen Gustavo Oscar Zanchetta. Für Franziskus ist es mehr als peinlich, dass ein Gericht in Argentinien seinen Freund nun wegen sexueller Übergriffe zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt hat. Denn der Papst hatte Zanchetta in den Vatikan geholt und dort eigens einen Posten für ihn geschaffen, nachdem er als Bischof in Argentinien nicht mehr haltbar war.

Dabei wusste Franziskus offenbar schon frühzeitig von Vorwürfen gegen den Geistlichen. Wie ernst es der Papst mit einer schonungslosen Aufklärung nimmt, verrät seine Schilderung der Vernehmung Zanchettas, die er Journalisten gab: Franziskus konfrontiert ihn mit dem Vorwurf, auf seinem Smartphone seien pornografische Bilder gefunden worden. Der Geistliche beteuert, Opfer eines Hackerangriffs geworden zu sein. Der Papst glaubt ihm und befindet: „Im Zweifel für den Angeklagten.“ Aber wie viele Katholiken werden dem Papst noch Glauben schenken, wenn er von einer „Null-Toleranz-Strategie“ spricht?

Ein Maulwurf in Moskau?

Die amerikanischen Geheimdienste wussten sehr viel über Putins Pläne.

Von Majid Sattar, Washington

Nationalen Geheimdienstdirektorin Avril Haines musste dafür sorgen, die eigenen Quellen in Russland zu schützen. 2017 traf der Auslandsgeheimdienst CIA eine folgenschwere Entscheidung: Ein Maulwurf, ein russischer Regierungsmitarbeiter, den man vor Jahren angeworben hatte und der es geschafft haben soll, Zugang zum inneren Zirkel Putins zu gewinnen, wurde aus Moskau abgezogen. Man hatte dem Mitarbeiter schon Ende 2016 das Angebot gemacht, ihn herauszuholen, weil man um seine Sicherheit fürchtete. Seinerzeit hatte er aber noch abgelehnt, weil er sich um seine Angehörigen sorgte. Der Mitarbeiter soll der CIA 2016 über Putins Einmischung in die Präsidentschaftswahl zugunsten Donald Trumps informiert haben. Als nach der Wahl die

öffentliche Berichterstattung über den russischen Sabotageakt zunahm – es war der Beginn der Russlandaffäre, die Washington über Jahre beschäftigen sollte – wurde man in Langley nervös. Mit der Entscheidung, den Maulwurf abzuziehen, tat man sich freilich schwer. Es dauerte Jahre, eine solche Quelle aufzubauen. Fürs Erste verfügte die CIA nun im inneren Machtapparat Putins nicht mehr über „Augen und Ohren“.

Angesichts der Tatsache, wie exakt Washington nun über die Pläne des russischen Machthabers informiert war, darf man vermuten, dass es Langley zwischenzeitlich gelungen sein muss, Ersatz zu finden. Es liegt in der Natur der Sache, dass man für diese Annahme keine Bestätigung in der amerikanischen Regie-

rung finden wird. Der frühere Nationale Geheimdienstdirektor James Clapper sagte kürzlich immerhin über die strategische Kommunikationskampagne seines Landes, der Nachteil der Doktrin sei es, dass die Quelle, durch die Washington Einblick in die „Maskirovka“-Taktik erhalten habe, „austrocknen“ könnte. Schließlich soll der Kreis um Putin, der in die Pläne eingeweiht war, sehr klein gewesen sein. Und die russische Spionageabwehr dürfte längst versuchen, den Maulwurf zu enttarnen.

Vorstellbar ist freilich auch, dass die Quelle nicht ein rekrutierter Agent ist, sondern eine Person aus dem innersten Zirkel Putins, die ob seiner Pläne oder seiner Geistesverfassung so beunruhigt war, dass sie von sich aus einen Weg fand, die amerikanische Seite ins Bild zu setzen. Die Einlassung Clappers offenbart jedenfalls, dass die sogenannte Intelligence Community außerhalb der Regierung nicht glaubt, dass die Informationen ausschließlich durch Abhörmaßnahmen zusammengetragen wurden. Der frühere KGB-Offizier Putin ist bekannt dafür, elektronische Geräte zu meiden. Auch soll er häufig dafür sorgen, dass keine Gesprächsvermerke oder Protokolle verfasst werden. Wie eng er die Vorbereitung des Ukrainekrieges spielte, war den Amerikanern spätestens klar, als Mitglieder ihrer Delegation, die im Januar in Genf und Brüssel mit ihren russischen Gegenspielern verhandelten, den Eindruck gewannen, die Gegenseite wisse tatsächlich nichts von Putins Plänen.

Freilich steckt auch der bestplatzierte Agent nicht in Putins Kopf. Um herauszufinden, wie der Machthaber denkt, nutzten die amerikanischen Dienste auch die jüngsten Videokonferenzen Bidens mit ihm, um seine Argumentationsstränge zu analysieren und Persönlichkeitsveränderungen festzustellen. Die Taktik lautete: Man müsse ihn möglichst lange reden lassen. So versuchten sie, die Frage zu klären, ob er längst die Entscheidung getroffen habe, die Ukraine anzugreifen. Die Arbeit der Dienste geht weiter. Derzeit stehen sie vor der Frage: Wie weit ist Putin gewillt zu gehen?



Geheimnisträger: Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates

Foto Imago

Angst vor der Achse China-Russland-Pakistan

Indien, der „Wertepartner“ des Westens, nimmt weiter Rücksicht auf Moskau / Von Till Fährnders, Singapur

Obwohl die allermeisten Länder den Angriff Russlands auf die Ukraine mittlerweile verurteilt haben, hält sich die bevölkerungsreichste Demokratie der Erde in dem Konflikt bislang auffällig zurück. Die Regierung in Neu Delhi hat sich in allen UN-Gremien, in denen der Angriff Russlands bisher von einer Mehrheit per Resolution verurteilt worden war, ihrer Stimme enthalten. Die offiziellen Stellungnahmen Neu Delhis gingen bisher nicht über den Aufruf zur Beendigung der Gewalt und der Respektierung der „territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten“ hinaus. Dabei haben neben der Ukraine selbst, die Indien zu einer klaren Verurteilung der russischen Aggression aufgerufen hatte, auch die USA und die EU keinen Zweifel daran gelassen, dass sie sich von ihrem „Wertepartner“, als der Indien gesehen wird, mehr erwarten.

Doch Neu Delhi steckt in einem Dilemma: An der Grenze im Himalaja sowie im Indischen Ozean übt China militärisch zunehmenden Druck auf Indien aus. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten hatte es an der Grenze vor zwei Jahren auch wieder Tote gegeben, darunter 20 indische Soldaten. Für die eigene Drohkulisse ist das Land auf die russischen Lieferungen angewiesen, die Schätzungen zufolge mehr als die Hälfte der indischen Waffenimporte ausmachen. Indien hat seit vielen Jahrzehnten russische Kampfflugzeuge, Hubschrauber und U-Boote im Einsatz. Für den Kauf russischer Boden-Luft-Raketen hatte Indien schon vor dem Krieg in der Ukraine sogar amerikanische Sanktionen

in Kauf genommen. Beim Besuch von Russlands Präsident Wladimir Putin in Neu Delhi nur wenige Wochen vor der Invasion hatten die beiden Länder weitere Waffengeschäfte vereinbart.

Darüber hinaus kann die „strategische Partnerschaft“ zwischen Indien und Russland auf eine lange Tradition zu-

„Indiens Zurückhaltung zeugt von einer Kluft zwischen Neu Delhi und den Partnern im Westen.“

rückblicken. Sie geht zurück bis auf die Zeit des Kalten Kriegs, als Indien zu den sogenannten Blockfreien gehörte. Das Verhältnis überdauerte auch das Ende der Sowjetunion und Indiens Abkehr von einem sozialistisch geprägten Wirtschaftssystem. Die anhaltende Zusammenarbeit äußerte sich dann auch schon in Indiens Zurückhaltung bei der russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014. Auf der anderen Seite hatte Russland auch eine kritische Resolution zur indischen Politik in der Unruhezone Kaschmir verhindert.

Gleichwohl hat sich Neu Delhi im drohenden Konflikt mit China auch immer mehr den USA angenähert. In den Indopazifik-Strategien des Westens spielt Indien die Hauptrolle in dem Bemühen, ein Gleichgewicht zu China in der Region zu schaffen. Dafür schaut der Westen auch weitgehend über die Gängelung religiö-

ser Minderheiten in Indien hinweg. Doch die Zurückhaltung, mit der Indien auf die russische Aggression reagiert, zeugt von einer Kluft zwischen Neu Delhi und den neuen Partnern. Zwar verzichtet Washington bisher darauf, Indien direkt zu kritisieren. Dennoch wird deutlich gemacht, dass man sich eine klarere Positionierung Indiens wünschen würde. In einer internen Mitteilung des US-Außenministeriums an seine Botschaften, die der Presse zugespielt worden war, hieß es, dass sich Indien mit seiner Haltung faktisch auf die Seite Moskaus geschlagen habe.

Bei einem Onlinegipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der sogenannten Quad, zu der neben den USA und Indien auch Australien und Japan gehören, hatte Präsident Joe Biden gesagt, es gebe in der jetzigen Situation keinen Raum für „Mehrdeutigkeit“. Jedoch gelang es Indien, selbst in diesem Rahmen eine direkte Verurteilung Russlands zu verhindern. Schließlich muss Neu Delhi auch fürchten, dass sich die Lage im Indopazifik als Folge zu seinen Ungunsten entwickelt. So könnte sich Moskau noch stärker China annähern. Auch eine Achse China-Pakistan-Russland erscheint möglich, schließlich weilt der pakistanische Ministerpräsident Imran Khan zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine in Moskau. Indien sorgt sich auch um die Entwicklung im Nachbarland Afghanistan, aus dem sich die USA militärisch zurückgezogen haben. Die Regierung in Neu Delhi muss außerdem befürchten, dass der Krieg in Ost-europa die Aufmerksamkeit der EU und

der USA wieder aus dem Indopazifik ablenkt.

Hinzu kommt, dass der Blick der indischen Öffentlichkeit auf den Krieg ein anderer ist als in Europa. Die Medienberichterstattung kreist vor allem um die möglichen Auswirkungen auf die Wirtschaft sowie um die Rettung Tausender in der Ukraine gestrandeter indischer Studenten. Das Narrativ, wonach der Westen zumindest eine Mitschuld am Krieg trage, findet in Indien auch einige Anhänger. Unter dem Hashtag #IStandWithPutin zeigen manche Inder sogar Sympathien für den russischen Präsidenten, den sie für seine vermeintliche Stärke bewundern. Dagegen werden die USA traditionell kritisch beäugt. Der Politologe Harsh V. Pant weist darauf hin, dass in den indischen Straßen wahrscheinlich längst amerikanische Flaggen brennen würden, wenn die USA ein Land auf diese Weise angegriffen hätten.

Der Geostrateg Brahma Chellaney kritisiert auch die den USA zugeschriebene Haltung, wonach ein Land im Konflikt entweder für sie sei oder gegen sie. So ganz möchte sich Indien von seiner „strategischen Autonomie“ nicht verabschieden. Harsh V. Pant fordert aber eine Kursänderung. „Neu Delhi wird schwerlich von einer ‚regelbasierten‘ Ordnung sprechen können, wenn es nicht bereit ist, für dieselben Prinzipien anderswo einzutreten“. Moskaus Bedeutung für Indien schwinde, während der Westen wichtiger werde. Pant: „Nun, da Russland die Rolle des Störenfrieds weiterspielt, müsste Indien über eine Neugestaltung seiner Beziehungen zu Russland nachdenken.“



Jan C. KAACK Foto Bundeswehr/Nico Theska

Vizeadmiral im Wellental

Dass Jan Christian Kaack nun an die Spitze der Marine gelangt, verdankt er dem wirren Gerede seines Vorgängers. Dessen Zeit als Inspekteur endete abrupt nach wenigen Monaten. Ohnehin exzentrisch veranlagt, war er mit dem Kriegermotto „Tradition, Strenge, Kampf“ angetreten und hatte sich im Ausland als „radikaler römisch-katholischer Christ“ präsentiert, der für eine deutsch-russisch-indische Allianz gegen China warb. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz wurden Ausschnitte dieser Darbietung bei einer Veranstaltung der Ukrainedelegation als abschreckendes Beispiel schwacher Haltung vor mehreren Dutzend europäischen Außenministern, Verteidigungspolitikern und US-Kongressabgeordneten gezeigt. Während sein bisheriger Stellvertreter und Interimsnachfolger Kaack die Scherben zusammenkehrt, publiziert der entlassene Inspekteur inzwischen auf sozialen Medien weinerliche Elogien auf sich selbst. Kaack, der aus Eutin stammt und Wirtschaftswissenschaften studiert hat, wurde erst nach einigem Zögern von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) offiziell ernannt. Weil ihm zwar nicht das Format, wohl aber der militärische Rang noch fehlte, beförderte sie ihn rückwärts zum Vizeadmiral.

Geboren am Weihnachtstag 1962, gehört Kaack noch zu einer Offiziersgeneration, die über die Wehrpflicht zur Marine gelangte. Der Abiturient startete seine Laufbahn als Navigator auf einem Schnellboot, neben zahlreichen Stabsverwendungen diente er seitdem an Bord eines französischen Hubschrauberträgers, war auf dem Zerstörer „Mölders“ unterwegs und kommandierte Schnellboote. Bevor er Mitte 2003 das Kommando über die Fregatte „Bayern“ übernahm, ging Kaack für einige Monate in Elternzeit. Das wurde kürzlich noch in seinen dienstlichen Lebensläufen erwähnt, wird aktuell aber weggelassen.

Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte die Entsendung zweier Schiffe, mehrerer Minenjagdboote und eines Tenders in die Ostsee. Kaack gab dazu eine Parole aus, die angesichts der kleinen Versammlung seltsam wirkt: „Nicht während unserer Wache.“ Aus dem Marinedeutsch übersetzt heißt das etwa so: Nur über unsere Leichen. Heer und Luftwaffe kommen bei der Verstärkung der NATO-Ostflanke ohne derlei Krampfpoesie aus. Man wird sehen, ob sich Kaack auch sonst aus den sprachlichen Wellentälern seines Vorgängers herausarbeitet. In einem Interview, das seine Pressestelle verbreitet, bezeichnete er neulich die kleine Marine großspurig als „900-Pfund Gorilla“ in der Region. Sollte auch die Flotte etwas aus dem 100-Milliarden-Paket zur Wiederausstattung der Streitkräfte haben wollen, wäre das eine ungünstige Ausgangsposition für die Verhandlungen. Denn was wollten Kaack und die Gorillamarine dann noch werden – King Kong? PETER CARSTENS

Jetzt neu: der F.A.Z. Newsletter zum Ukraine-Krieg

Behalten Sie den Überblick über das aktuelle Geschehen: alle Entwicklungen, Hintergründe und Einordnungen der F.A.Z.-Redaktion zum Krieg in der Ukraine. Täglich in Ihrem E-Mail-Postfach.

Jetzt kostenlos abonnieren unter faz.net/newsletter_ukraine



Das Unheil vor Augen

Intellektuelle fordern vom Westen mehr Mut

„Es sind Worte der Ohnmacht“, sagt der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel, als wir kurz vor der Kundgebung am Sonntagmittag auf dem Bebelplatz in Berlin einen Moment zusammenstehen und über seine öffentlichen Auftritte der letzten Tage sprechen. Aber es sind auch Worte der Wut, der Scham, der Fassungslosigkeit, wenn man die geschichtlichen Wurzeln von Putins Krieg gegen die Ukraine bedenkt. Denn so viel war bekannt, so viel war gewusst, so viele Entschuldigungen der „Putin-Versteher“ – ein fürchterlicher Euphemismus, den wir nie wieder verwenden sollten – hatten nie eine Grundlage, und dennoch wurde alles hingeworfen: Georgien 2008, die Krim 2014, die schlechteste Annexion des Donbass, die Zerstörung Aleppos. „Wir sind bestürzt“, sagt Karl Schlögel dann auf der Bühne vor einigen Hundert Menschen, die in der eisigen Kälte zu der Ukraine-Solidaritätskundgebung unweit der abgesperrten Russischen Botschaft gekommen sind, „weil wir Zuschauer sind, die wir nicht sein wollen, die wir aber lange genug waren.“

Und dann zählt der Historiker auf, worin sich die stalinistischen, die nationalsozialistischen und schließlich Putins Gewalttaten gleichen. „Charkiw, zweimal von den Deutschen erobert und zerstört, wird nun von russischen Raketen zerstört. Das Land, schon einmal verheert durch den millionenfachen Hungermord der 1930er-Jahre, ist in diesen Tagen wieder zum Land geworden, in dem in diesem Jahr keine Aussaat mehr möglich ist, es also auch keine Ernte geben wird... Und nie hätten wir uns vorstellen können, dass einmal Trümmer des Kiewer Fernsehturms auf das Gelände von Babyn Jar herabstürzen würden, wo im September 1941 über 33000 Kiewer Juden ermordet wurden.“ Als Schlögel seine Rede beendet, hat er Tränen in der Stimme.

„Für eure und für unsere Freiheit“ heißt die Kundgebung, zu der die Peter-Weiss-Stiftung e. V. zusammen mit zahlreichen Intellektuellen aufgerufen hat und die von den Journalisten und Osteuropa-Kennern Gesine Dornblüth und Thomas Roth moderiert wird. Es singt der Volny-Chor aus Belarus, und ganz am Ende der Veranstaltung, nach eindringlichen Videos des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, dessen Reden der „New Yorker“ gerade mit den Appellen eines Winston Churchills verglichen hat, wird er die ukrainische Nationalhymne anstimmen. Außerdem spielt der Musiker Yuriy Gurzhy, der vor Jahren zusammen mit Wladimir Kamirer die „Russendisko“ erfand. Menschen kommen auf die Bühne, manche zugeschaltet, das Publikum kommentiert einzelne Sätze mit Ausrufen und Applaus. Viel Prominenz: Wolf Biermann mit scharfen Sätzen über Putin, den er nahe bei Hitler sieht. Die Literaturnobelpreisträgerinnen Svetlana Alexijewitsch und Olga Tokarczuk. „Zuerst wollte Stalin die Ukraine durch den Holocaust ermorden“, sagt Alexijewitsch. „Heute will Putin die Ukraine ermorden.“ Immer wieder klingt an, wie wenig westliche Europäer von dieser Verfolgung und Ausgrenzung begriffen haben.

„Wohlfühl“ ist an diesem Protest gar nichts: Wir befinden uns im frühesten Stadium einer geschichtlichen Katastrophe, die wir gerade erst zu deuten beginnen. „Meine Name ist Andrij Lubka“, sagt ein junger Mann vom Bildschirm herab. „Vor einer Woche war ich ein ukrainischer Schriftsteller, aber jetzt bin ich die Zielscheibe russischer Bomben.“ Was, wenn dieser Krieg sehr lange dauert? Was, wenn Europa, Amerika und die NATO doch irgendwann eingreifen müssen, weil wir einfach nicht mehr hinschauen können, die Zerstörung zu groß und die Zeugnisse der Opfer zu bedrückend werden? Werden wir dann passiv bleiben? „Angriffe auf Wohnhäuser und Zivilisten gehören zu den schlimmsten Kriegsverbrechen“, sagt Juri Durkot auf dem großen Videoschirm. „Jetzt ist viel mehr gefordert, als zu beten und zu weinen“, sagt sein Kollege Juri Andruchowitsch und fordert von den Europäern Furchtlosigkeit. „Fordern Sie eine Flugverbotszone über dem ukrainischen Himmel!“

Niemand kann heute sagen, wie es weitergehen wird. Doch wenn sich der Gedanke durchsetzt, den der Schriftsteller Martin Pollack äußerte – die Menschen in der Ukraine kämpfen „für die gesamte freie Welt“ –, dann wird der Westen mit jedem Tag, den dieser Krieg andauert, in größere Entscheidungsnöte kommen. PAUL INGENDAAY



Selbst die russischen Twitter-Trolle sind auf amerikanische Technologie angewiesen.

Foto EPA

Nur Gewalt im Angebot

Russland ist der große Verlierer der Globalisierung: Statt in Technologie investierte die Elite in Luxuskonsum.

Von Vinzenz Hediger

Hier ist unsere Antwort auf die amerikanischen Sanktionen! Wir haben keine Angst vor euch! Wir werden ohne eure netten hübschen Sachen leben!“ Dieser Tweet, der ein Video kommentiert, in dem ein russischer Vater mit seinem Sohn aus Protest gegen den Rückzug von Apple aus Russland ein iPad mit dem Hammer zerstört und das mit einem iPhone aufzeichnet, weist auf einen wichtigen Aspekt von Putins Aggression gegen die Ukraine und auf eine Quelle seines Drangs nach territorialer Expansion. 1991 verlor Russland nicht nur ein Imperium. Das Land machte sich auf den Weg, zum größten Verlierer der zweiten Globalisierung zu werden.

Im Jahr 1984 nahm Jesse Jackson bei seiner ersten Präsidentschaftskampagne Reagans protektionistischen „Buy American Act“ von 1982 ins Visier. Er fragte das Publikum bei einer Debatte, wer im Saal einen japanischen Videorecorder besitze, damals das Neueste in der Unterhaltungselektronik. Viele hoben ihre Hand. Dann fragte Jackson, wer eine amerikanische Cruise Missile habe. Jacksons Argument war klar: Die amerikanische Industrieproduktion war im Kalten Krieg auf Rüstung fokussiert. Japanische Konsumelektronik hingegen stand für das, wonach der Markt verlangte, und für die Richtung, in die sich die Wirtschaft entwickeln sollte. Nach dem Ende des Kalten Kriegs passte sich Amerika rasch an. Teilweise durch die Übernahme von Rüstungstechnik – das Internet basiert auf dem Arpa-Net des Militärs – etablierten sich Marken wie Microsoft, Apple, Amazon und Netflix als Weltmarktführer für Informationstechnologie und im Bereich der konsumorientierten Plattform-Ökonomie.

Die zweite Globalisierung, die um 1990 einsetzt, ist ein wichtiger Faktor dieser Transformation. Die GATT-Verträge und die daraus entstandene WTO schufen einen globalen Wirtschaftsraum mit niedrigen Schwellen für Handel. Globale Wertschöpfungsketten, in denen die Produktion in Niedriglohnländern ausgelagert wurde, während Entwicklung, Design und Verkauf der Produkte in den Hochlohnländern blieben, ersetzten bald das Modell der Fabrik an einem Ort in der Nähe von Rohstoffen und/oder Märkten der klassischen Industrieordnung. Die Verteilung der Wertschöpfung entlang dieser Ketten verläuft in einer u-förmigen Kurve. Am höchsten sind die Profite am Anfang bei Entwicklung und Design und am Ende im Verkauf, am niedrigsten in der Mitte bei der Produktion – man denke an Entwicklung, Herstellung und Verkauf eines iPhones.

Worauf es in der globalisierten Wirtschaft ankommt, ist die Entwicklung und Kontrolle von „brands“, von globalen Mar-

ken etwa für technologisch anspruchsvolle Konsumprodukte. Innerhalb dieses Systems stieg China zur Wirtschaftsmacht auf, indem es das Südkorea der Sechziger- bis Achtzigerjahre nachahmte: Sich als Billiglohn-Produktionsstandort in die globalen Wertschöpfungsketten einzuklinken, um dann möglichst schnell selbst globale Marken wie Huawei zu entwickeln. China verstand, dass es darum ging, vom Scheitelpunkt der U-Kurve zu den Patent-/Design- und Verkaufsenden der Kurve zu kommen.

Nichts Vergleichbares passierte in Russland. Als Billiglohn-Produktionsstandort fiel Russland aus geographischen Gründen aus. Globale Wertschöpfungsketten basieren auf Containerlogistik auf dem Seeweg, und zu Russlands Lageproblemen zählt seit je der Mangel an permanent eisfreien Häfen. Überlandtransporte sind aufgrund großer Distanzen und schlechter Infrastruktur teuer. So positionierte sich Russland nach dem Kalten Krieg nicht als eine der Fabriken der Welt, sondern als eine ihrer Tankstellen. Aber statt die Erlöse aus dem Rohstoffhandel zu verteilen oder in Technologien mit Entwicklungspotential zu investieren, gaben die neuen Eigentümer des Landes, die Oligarchen, ihr Geld für ostentativen Konsum und teure Luxusgüter aus: Fußballclubs, Yachten, Liegen-schaften in London, am Mittelmeer, in Dubai, New York oder Miami. Die weniger Vermögenden ahmten sie darin nach.

Russland verrannte sich in den Neunzigerjahren in der strukturellen Falle einer rohstoffbasierten Export- in Verbindung mit einer Konsumgüterimport-Wirtschaft. Verschärft wurde das Problem durch die Finanzpolitik der russischen Regierung. Der Preis für die fraktionslose Eingliederung Russlands ins globale Wirtschaftssystem bestand, wie der Finanz- und Wirtschaftshistoriker Adam Tooze es formuliert, bei aller anti-amerikanischen Rhetorik in mustergültigen Festhalten an einer konservativen Geld- und Finanzpolitik. Staatlich finanzierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in großem Umfang, die der Sowjetunion im Kalten Krieg lange erlaubt

hatten, kompetitiv zu bleiben, fielen aus. Der über Rohstofflöse und eine konservative Fiskalpolitik ermöglichte Zugang zu globalen Konsumgütern verdeckte die Tatsache, dass Russland außer Rohstoffen nichts produzierte, was die Welt kaufen wollte. Dass Russland das sowjetische Nukleararsenal erbt, kam erschwerend hinzu. Die Möglichkeit, die Menschheit komplett auszulöschen, mag Gangstern und Geheimpolitisten, die an das Regieren durch Gewaltandrohung gewohnt sind, attraktiv erscheinen. Sie schafft aber keinen Anreiz über die „soft power“-Vorzüge globaler Marken nachzudenken, geschweige denn eine Politik zu verfolgen, die deren Entstehung begünstigen würde.

So umfasst das aktuelle Sanktionsregime denn auch keine Konsumgüter, es gibt ja keine, deren Verzicht durchgesetzt werden müsste. Als politisch bewusster Konsument konnte man in Europa in den Achtzigerjahren noch gegen Apartheid kämpfen, indem man keine Granny-Smith-Äpfel kaufte. Russland wiederum ist noch nicht einmal Weltmarktführer für Wodka (die bekannteste Wodka-Marke kommt aus Schweden). Wie sehr Russland von importierter Technologie abhängig ist, erkennt man auch daran, dass Apple Teile des russischen Alltags lahmlegen konnte, indem es Apple Pay deaktivierte. Silicon-Valley-Apps ersetzen in Russland auf ähnliche Weise öffentliche Infrastruktur wie in Nigeria, wo alle Kommunikation über Whatsapp läuft.

Ein weiteres Beispiel ist die Luftfahrtindustrie. Insbesondere die zivile Luftfahrt ist eine Technologie, die ein Höchstmaß an technischer und Organisationskompetenz erfordert. Wer zivile Luftfahrtsysteme aufbauen und unterhalten kann und vor allem wer Flugzeuge ohne Beitrag von Dritten zu bauen und zu betreiben versteht, kontrolliert ein wichtiges Element der Technologie, auf der die globalisierte Wirtschaft basiert. Aktuell sind nur Europa und Amerika, nur Airbus und Boeing in dieser Position. Brasilien verfügt über eine wichtige Industrie für kleinere Verkehrsflugzeuge, die Volksrepublik China bemüht sich, eine

solche aufzubauen, aber beide bleiben auf europäische und amerikanische Technologiepartner angewiesen.

Die Sowjetunion verfügte über eine voll entwickelte, eigenständige Luftfahrtindustrie und baute mit der Tupolew 144 sogar ein Gegenstück zur Concorde (ebenso unwirtschaftlich und noch störungsfälliger). Jetzt beschränkt sich das Angebot auf einen Sukhoi-Mittelstrecken-Jet, der französische und englische Triebwerke einsetzt. Die Entscheidung von Boeing und Airbus, Aeroflot als Teil der Sanktionen nicht mehr mit Ersatzteilen zu beliefern, dürfte daher binnen weniger Wochen zum Zusammenbruch der Zivilluftfahrt in Russland führen. Die Golfstaaten bereiten sich seit Längerem mit dem Aufbau von Fluglinien und Drehkreuzen auf die Zeit nach dem Ende fossiler Brennstoffe vor, wobei sie ihren Standortvorteil nutzen: Mehr als sechzig Prozent der Weltbevölkerung leben in einem Radius von acht Flugstunden um den Persischen Golf. Die Türkei verfolgt mit dem neuen Großflughafen in Istanbul eine ähnliche Strategie. Russland hingegen macht hier wieder die Geographie einen Strich durch die Rechnung: zu weit nördlich, zu dünn besiedelt.

Auch der Kulturbetrieb und die Medien stecken in nicht skalierbaren Formaten aus dem neunzehnten Jahrhundert fest und sind für den Export ungeeignet. Das Bolschoi-Theater ist eindrucksvoll, doch nach einem russischen „Squid Game“, TikTok oder Nollywood sucht man vergeblich. Wie zu Sowjetzeiten ist die breitenwirksame Filmproduktion koordiniert mit staatlicher Propaganda – man denke an Nikita Michalkovs Wandel vom Cannes-tauglichen Autorenfilmer zum Regime-Regisseur unter Putin –, aber es fehlt die künstlerische Qualität von Eisenstein, Vertov oder Esfir Shub. Der wichtigste Output der elektronischen Medien ist die staatliche Propaganda, wobei eine aggressiv anti-westliche und bloß reaktive Identitätspolitik den Platz der doch noch etwas weltgängigeren internationalistischen Revolutionsrhetorik der Zwanzigerjahre eingenommen hat. Der Putin-Kitsch, wie es Karl Schlögel nennt, findet zwar an den äußersten Rändern des politischen Spektrums im Westen großen Anklang, aber als Grundlage eines Geschäftsmodells für eine globale „content“-Industrie, die es mit Hollywood, Bollywood, türkischen Fernsehserien oder der südkoreanischen Film- und Musikindustrie aufnehmen könnte, taugt er nicht. So bleiben der wichtigste Kulturrexport Russlands seit dem Ende des Kalten Krieges die Twitter-Trolle, die im Internet Stimmung für Trump und Brexit und gegen die EU und die Covid-Impfung machen, dafür aber auch wieder auf amerikanische Technologie angewiesen sind.

Was uns zurück zu Putin bringt. In einer Welt, in der die Macht in der Kontrolle von „brands“ liegt, von globalen Marken, strebt der russische Diktator nach Macht durch die Kontrolle von Land. Er ist einem geopolitischen Denken verpflichtet, das im Anschluss an den englischen Geographen Halford Mackinder davon ausgeht, die Kontrolle der eurasischen Landmasse sei Grundlage künftiger Weltherrschaft. Russland war immer schon eine Kolonialmacht auf eigenem Gebiet – Alexander Etkind spricht von „interner Kolonisierung“. Aber Putins Chefideologie, der faschistische Philosoph Alexander Dugin, hat Mackinders Theorie zu einer politischen Programmatik der Landnahme ausgearbeitet, die darüber hinausgeht und die Putin nun umsetzt. Die Geopolitik des einundzwanzigsten Jahrhunderts aber ist eben nicht mehr eine des Landes, sondern eine der globalen Marken. Mackinders amerikanischer Widerpart Alfred Thayer Mahan hat in seinem Buch „The Influence of Sea Power upon History“ von 1890 die Grundlage für die Seedoktrin der amerikanischen Navy gelegt, die mit ihren Flugzeugträger-Verbänden heute die Weltmeere beherrscht und damit potentiell alle Küstengebiete.

Thayer Mahans Konzept von Geopolitik passt zu jenem parteiübergreifenden Konsens, der seit den Neunzigerjahren besteht und auf offene Märkte für amerikanische Exportgüter abzielt. Die amerikanische Marine ist die globale Schutzmacht der Container-Schiffahrt, die vollständig von Firmen aus mit Amerika alliierten Ländern dominiert wird (Mærsk aus Dänemark, MSC aus Italien mit Steuersitz in Genf, CMA-CGM aus Frankreich und Hapag-Lloyd aus Deutschland kommen zusammen auf mehr als fünfzig Prozent Weltmarktanteil; zu den Top Acht zählen ferner Evergreen aus Taiwan, HMM aus Südkorea, One aus Japan sowie als einziger nichtalliiert Akteur Cosco aus China). Die neue Seidenstraße Chinas ist ein Versuch, diese Abhängigkeit von einer von Amerika und ihren Alliierten kontrollierten maritimen Infrastruktur des Welthandels zu verringern. Russland ist Teil dieses Vorhabens, wie übrigens auch die Ukraine, aus der China achtzehn Prozent seiner Getreideimporte bezieht. Aber auch ein privilegiertem Zugang zur neuen Seidenstraße löst nicht Putins Problem, das er nichts im Angebot hat, das die Welt kaufen will – es sei denn, man ist ein Tyrann-Kollege à la Assad, der jemanden sucht, der für ihn das eigene Volk mit militärischer Gewalt unterdrückt.

Das ist der Grund, weshalb der Vater, der mit dem Hammer vor laufender Kamera sein iPad zerlegt, aber ein iPhone und Twitter braucht, um seinen Protest in die Welt hinauszutragen, ein perfektes Bild jenes Russlands abgibt, das Putin zu verantworten hat und das uns nun in der Ukraine gegenübersteht.

Vinzenz Hediger ist Professor für Filmwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt.



Kriegstagebuch

Von Michael Hanfeld

Die Stadt Mariupol hat am Sonntag einen zweiten vergeblichen Versuch unternommen, Menschen vor der angreifenden russischen Armee und dem Bombenbeschuss in Sicherheit zu bringen. Schon der erste Versuch, einen „humanitären Korridor“ zu öffnen, misslang. Die Russen schossen weiter, der britische Geheimdienst meint, die Zusage einer Feuerpause sei nur ein Trick der russischen Seite gewesen, um die Truppen neu zu gruppieren. Was geschieht, ist schwer einzuschätzen und – doch wieder nicht. Denn wo Journalisten fehlen, dokumentieren die Menschen ihr Schicksal selbst. Sie filmen die Angriffe, zeigen, welche Zerstörung die Bomben anrichten, und verbreiten die Videos im Netz. Wie daraus ein Bild des grausamen Krieges entsteht, den Putin führt, zeigt die Reportage „Unter Beschuss – Kriegstagebuch Ukraine“. Für diese haben NDR-Journalisten von „Panorama die Reporter“ und „STRG F“ die Berichte von Astha, Oleksandra, Julija und Dimitri zusammengefügt, die Tag für Tag aufzeichnen, was mit ihnen und um sie herum geschieht. Astha lebt in Charkiw, traut sich nicht aus der Wohnung, die Häuserblöcke ihres Viertels werden beschossen. Unter großer Gefahr gelingt ihr allein die Flucht. Oleksandra und Julija fliehen aus Kiew, ebenfalls unter Lebensgefahr. Oleksandra ist überglücklich, dass sie ihren Wellensittich und ihre Katze gerettet hat. Wie Julija bleibt sie vorerst in Lwiw, im Westen der Ukraine. Julija hat einen Heiratsantrag von ihrem Freund bekommen. Sie will ihn, der an die Front muss, heiraten, wenn der Krieg vorbei ist. Dimitri wiederum ist in die entgegengesetzte Richtung gefahren, nach Kiew. Er hat sich einer Miliz angeschlossen und bereitet sich vor auf den Häuserkampf. Das Schicksal von vier jungen Menschen steht für das aller in der Ukraine, wo die russische Armee nach Darstellung des britischen Geheimdienstes dazu übergegangen ist, gezielt Städte und Wohnbezirke, also unbewaffnete Zivilisten anzugreifen. Diese Art des Terrorkriegs ist aus Tschetschenien und Syrien bekannt. Von alldem sollen die Russen und soll die ganze Welt nichts sehen und nichts hören. Mit dem neuen Antimediengesetz stellt Putin nicht nur die Arbeit von Journalisten unter Strafe, er verbietet freies Sprechen. Er will den totalen Krieg führen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Seine Propagandisten vom Sender RT schwärmen aus und erzählen Märchen vom Frieden, wo brutaler Krieg herrscht. Russische Medien, die frei berichten, gibt es nicht mehr, Demonstranten und Dissidenten werden verhaftet, ausländische Medien müssen ihr Wirken einstellen. Jeder, der seine Stimme erhebt, wird zum Schweigen gebracht. Mit diesem totalitären Vorgehen erweist sich Putin wieder einmal als Gewaltherrscher von gestern. Die ganze Welt hat längst gesehen, was für einen Krieg er führt. Und sie wird es nicht vergessen. Mutige Reporter berichten weiter, mutige Bürger tun es auch. Putins Verbrechen sind schon jetzt dokumentiert.

Alles konfisziert

Memorial durchsucht

In der internationalen historischen Gesellschaft Memorial in Moskau, die die Verbrechen des Stalinregimes dokumentiert hat, wurden am Wochenende bei einer Durchsuchung sämtliche Computer und Festplatten konfisziert. Das berichtete Irina Scherbakowa, die die Bildungsprogramme leitet. Memorial war Ende vorigen Jahres zur Selbstauflösung verurteilt worden, die Berufung hatte Russlands Oberstes Gericht abgelehnt. In der Niederlassung am Karetnyj Rjad sperrten Kämpfer der Russischen Garde das Gebäude ab, während Fahnder in Zivil die Innenräume vierzehn Stunden lang, von Freitagvormittag zehn Uhr bis um zwei Uhr der folgenden Nacht durchsuchten. Mitarbeiter, die sich im Gebäude befanden, durften nicht telefonieren oder hinausgehen, Mitarbeiter und Anwälte, die hinzukamen, wurden nicht hineingelassen. An die Wände malten die Fahnder mehrfach die Großbuchstaben V und Z, die als Siegeszeichen auf russisch-militärischen Gerät in der Ukraine aufgemalt sind. kxo.



Der russische Vater braucht Apple und Twitter, um seinen Protest gegen Apple in die Welt zu tragen.

Foto ThreshedThought/Twitter